

Kontakt zur DGV

Kooperationsstelle beim Beauftragten für die Deutsch-Griechische Versammlung in Deutschland

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Stresemannstraße 94
D - 10963 Berlin

Telefon: + 49 (0)30 18 535 2375
Fax: + 49 (0)30 18 10535 2375
E-Mail: ks-dgv@bmz.bund.de

Deutsch-Griechischer kommunalpolitischer Wissensaustausch

Ansprechpartner: Rolf Geinert
Oberbürgermeister a.D.

Sonnenstraße 4
D - 74889 Sinsheim-Hoffenheim

Telefon: + 49 (0)7261 975 119
Fax: + 49 (0)7261 975 121
E-Mail: info@geinert.de
Internet: <http://www.grde.eu>

Koordinierungsbüro in Griechenland

Christos D. Lasaridis

Leiter DGV – Koordinierung in Griechenland

Argyroupoleos 6
GR - 570 13 Oraiokastros / Thessaloniki

Telefon: + 30 2310 692 115
Fax: + 30 2310 692 199
E-Mail: christos.lasaridis@grde.eu
Internet: <http://www.grde.eu>

Bürgermeisterbüro THESSALONIKI

Ansprechpartnerin: Gabriela Scheiner

Argyroupoleos 6
GR - 570 13 Oraiokastros / Thessaloniki

Telefon: +30 6983 600 446
E-Mail: gabriela.scheiner@grde.eu

Bürgermeisterbüro ATHEN

Ansprechpartner: Dimitrios Sopikis

Ipeirou 11 & Septembriou 3
GR - 104 33 Athen

Telefon: +30 210 8252 608
E-Mail: dimitrios.sopikis@grde.eu

Impressum

Herausgeber

Kooperationsstelle beim Beauftragten für die
Deutsch-Griechische Versammlung (KS-DGV)

Gestaltung

Zum goldenen Hirschen, Berlin
BlockDesign Kommunikation & Medien, Berlin

Bildnachweis

KS-DGV

Druck

Silber Druck oHG, Niestetal

Stand

Juli 2014

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Geleitwort | 01 |
| | |
| Deutsch-Griechische Versammlung (DGV) | 05 |
| | |
| Ein neuer Ansatz in Europa | 05 |
| Koordinierungsbüro in Griechenland | 08 |
| Bürgermeister- und Experteneinsätze | 10 |
| Bürgermeister im Gespräch | 12 |
| Kontaktstellen und Experteneinsätze | 16 |
| | |
| DGV IV in Nürnberg | 18 |
| | |
| Die Stadt der Zukunft | 18 |
| Ergebnisberichte der Stiftungen | 20 |
| Arbeit und Ausblick der Stiftungen | 32 |
| Regionalpolitik aus Sicht der EU | 38 |
| Best-Practice-Beispiele | 40 |
| | |
| Anhang | 48 |
| | |
| Abschlussklärung DGV IV in Nürnberg | 48 |
| Phase II Bürgermeistergespräche | 52 |

Deutsch-Griechische Versammlung – eine Brücke in Zeiten der Krise

Unter der Bezeichnung Deutsch-Griechische Versammlung (DGV) hat sich innerhalb weniger Jahre ein dynamisches Netzwerk aus Kommunen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft entwickelt.

Die Grundlage der DGV bildet die Vereinbarung zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Georgios Papandreu vom 5. März 2010, deren Ziel die Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit auf allen Ebenen ist. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Hans-Joachim Fuchtel, wurde von der Bundeskanzlerin Ende November 2011 zum Beauftragten der DGV ernannt.

Im Mittelpunkt der DGV steht die konkrete Zusammenarbeit zwischen deutschen und griechischen Kommunen, Regionen und Bürgern. Dabei steht nicht die »hohe« Politik im Vordergrund, sondern die Bewältigung der sich unmittelbar aus der kommunalen Praxis aufdrängenden Probleme. Der Austausch zwischen deutschen und griechischen Kommunalpolitikern bildet das Herzstück der DGV.

Ein wichtiges Element dieser Initiative ist die begleitende Mitwirkung der politischen Stiftungen in Griechenland. Deren Bedeutung war selten so grundlegend für den gesellschaftlichen und politischen Dialog wie in der aktuellen Situation. Für Griechen und Deutsche bilden sie ein Forum zum Austausch. Beide Seiten diskutieren aktuelle sowie zukünftige Herausforderungen und werben für Lösungsansätze in ihren Fachkonferenzen und Tagungen. Sie leisten mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Förderung der deutsch-griechischen Beziehungen.

Dieses Konzept wurde auch auf der Vierten Deutsch-Griechischen Versammlung (DGV IV) verfolgt. Unter dem Motto »Die Stadt der Zukunft« fand diese erstmals in Deutschland vom 22. bis 23. Oktober 2013 in Nürnberg statt.

Über 400 deutsche und griechische Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft – darunter mehr als 20 Prozent griechische Bürgermeister – erarbeiteten neue Ansätze und Wege der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene. Praxisbezogene Exkursionen und vertiefende Workshops zu den von griechischer Seite gewünschten Themen bildeten die Schwerpunkte der DGV IV.

Das Potenzial der Zusammenarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene wurde auf der DGV IV anhand vieler praktischer Beispiele sichtbar. Die bereits gemachten Erfahrungen zeigen, dass durch die Schaffung von Partnerschaften auf kommunaler Ebene europäische Solidarität gelebt wird.

Der eingeschlagene Kurs wird von den Regierungen beider Länder weiter verfolgt. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung bekräftigen beide Seiten ihre aktive Unterstützung und legten die Schwerpunkte bis zur nächsten Deutsch-Griechischen Versammlung fest. Die DGV V wird auf Kreta stattfinden.

»Das Eis ist gebrochen!«

Kostas Askounis

**»Gemeinsam beschreiten wir
einen neuen Weg in Europa, der
die Menschen zusammenführt
und Europa an den Wurzeln
verbindet – unser Weg für
die Zukunft!«**

Hans-Joachim Fuchtel



Ein neuer Ansatz in Europa

Traditionelle Städtepartnerschaften drücken die Verbundenheit der Städte und Kommunen in der Regel nur sehr allgemein aus. Sie stellen mitunter hohe formale Anforderungen an die Partner. Deswegen wurde für die Beziehungen zu den griechischen Kommunen und Regionen ein anderer Ansatz gewählt – die Know-how-Partnerschaft. Sie zielt auf die themenspezifische Zusammenarbeit ab und wird nur eingeleitet, wenn auf griechischer Seite der Wunsch für eine solche Verbindung besteht.

Dieser Ansatz ist in Europa neu und zeichnet sich durch eine zeitgemäße Flexibilität aus. Im Vordergrund steht der projektbezogene Know-how-Transfer in zuvor definierten Themenfeldern. Dabei gibt es keine Begrenzungen. Die Partner gehen keine Bindungen mit Dauercharakter ein, was die Aufnahme von Kooperationen erheblich erleichtert und die steigende Nachfrage nach Know-how-Partnerschaften erklärt.

Grund für diese Entwicklung ist die Erkenntnis, dass auf kommunaler und regionaler Ebene eine Vielfalt an Erfahrungen besteht, die beide Seiten abrufen können. Diesen Erfahrungsschatz der Kommunen für beide Seiten nutzbar zu machen, ist die Aufgabe der Deutsch-Griechischen Versammlung.

Institutionalisierung der DGV: Themenfelder benennen und Impulse setzen

Seit 2011 ist die Zahl der Anfragen und der eingeleiteten Know-how-Partnerschaften sprunghaft gestiegen. Die Akzeptanz und der Ansatz der DGV-Arbeit verstetigen sich kontinuierlich und die Themenfelder wurden fortwährend erweitert.



Das Baukastensystem mit nachfrageorientierten Projekten und Maßnahmen

EIN NEUER ANSATZ IN EUROPA

Gemeinsam entwickelten Griechen und Deutsche im Rahmen von Bürgermeister- und Expertengesprächen hierfür einen Themenbaukasten mit nachfragerorientierten Projekten und Maßnahmen. Mittlerweile wird ein breites Aufgabefeld abgedeckt, das von Abfall- und Agrarwirtschaft, Ausbildung im dualen System (Fokus ist hier die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit) bis zur regionalen Tourismusförderung (insbesondere Alternativtourismus und Saisonverlängerung) reicht. Die Förderung des lokalen Zivilengagements zählt ebenso dazu wie die Zusammenarbeit im Bereich der regionalen Energiekooperationen sowie die Unterstützung der Anbahnung von Energiemaßnahmen oder Best Practice-Angeboten in der griechischen Verwaltung und in den Wirtschaftskammern. Mit den »Hellenic Silverstars« – einem Verein zur Aktivierung von in Griechenland im Ruhestand lebenden Rückkehrern aus Deutschland – wird die Arbeit der DGV zusätzlich bereichert.

Gemeinschaftlich auf gutem Weg

Die Arbeit der DGV wird vom griechischen Zentralverband der Städte und Gemeinden (KEDE) sowie Innenminister Argyris Ntinopoulos unterstützt. Ihn hat Ministerpräsident Antonis Samaras zum Ansprechpartner für die DGV in Griechenland ernannt. Gemeinsam mit dem deutschen Beauftragten, Hans-Joachim Fuchtel, ist es seine Aufgabe, übergeordnete Probleme anzusprechen und Lösungen zu finden.

Einen ganz wesentlichen Beitrag zum Erfolg der Arbeit der DGV leisten politischen Stiftungen, die durch Fachkonferenzen den thematischen Ansatz stärken und den politischen Dialog fördern. Allein 2013 waren es über 100 Fachkonferenzen, Tagungen und Workshops.

Eine herausragende Rolle bei der Arbeit in Griechenland haben die deutschen Vertretungen des Auswärtigen Amtes in Athen und Thessaloniki. Engagiert unterstützen sie die Gesamtkoordinierung der Arbeit der DGV.

Dabei ist zu betonen, dass wichtige Impulse auch von den vor Ort sehr gut vernetzten Honorarkonsulaten ausgehen.

Es ist zu erwarten, dass sich die Arbeit der DGV in den kommenden Jahren noch stärker auswirken wird. In Vorbereitung sind neue Kooperationen im Handwerk und mit kleinen sowie mittelständischen Betrieben. Dazu sollen der Austausch und Reisen von Betrieb zu Betrieb sowie die stärkere Einbindung von Abgeordnetenfahrten beitragen.

Die DGV steht darüber hinaus im konstruktiven Dialog mit der orthodoxen Kirche zu Fragen der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen und zur dualen Ausbildung. Eine intensive Zusammenarbeit besteht mit diakonischen Einrichtungen in Griechenland und Deutschland sowie mit den jüdischen Gemeinden. 2014 und 2015 sind über 18 Initiativen und Partnerschaften in verschiedenen griechischen Regionen in den Themenfeldern Jugendarbeit und Jugendaustausch geplant. Es ist das Ziel, für junge Menschen aus Deutschland und Griechenland Austausch- und Begegnungsforen zu schaffen.



Die DGV als Plattform für Dialog und Innovation: Innerhalb weniger Jahre hat sich ein dynamisches Netzwerk mit vielen Akteuren und Partnern aus unterschiedlichen Bereichen in beiden Ländern entwickelt.

DGV-Koordinierungsbüro Griechenland

Ziel des Koordinierungsbüros in Griechenland ist die Anregung, der Aufbau und vor allem die praxisnahe Weiterentwicklung von Kooperationen zwischen Kommunen, Regionen und Bürgern. Ob Wissenstransfer und direkter Austausch zu Tourismus oder Abfallentsorgung, zu Energie oder Infrastruktur, Gesundheitsfragen, Verwaltungsmodernisierung oder Kultur und Jugendpraktika, überall zeigt sich, wie wichtig es ist, dass sich Bürger, Institutionen, Unternehmen und Politiker austauschen, um gemeinsame Interessenfelder auszuloten und Projekte zu entwickeln. Der Themenkatalog ist lang!

Voraussetzung ist die Bereitschaft auf der deutschen und griechischen kommunalen Ebene zur Mitwirkung, zum Einsatz im gesamten DGV-Netzwerk sowie zur Kooperation mit der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Erfahrung, Problembewusstsein und innovative Lösungsansätze sind die Grundlagen für viele neue, mit Leben erfüllte Partnerschaften.

Der Tätigkeitsschwerpunkt hat sich in den letzten Jahren durch das Anwachsen des deutsch-griechischen Netzwerks erheblich erweitert. Die DGV hat im März 2010 ihre Arbeit aufgenommen und Schritt für Schritt Gemeinden, Regionen und Städte sowie eine Vielzahl deutscher und griechischer Akteure für den Aufbau des deutsch-griechischen Netzwerks hinzugewonnen.

Dabei haben sich Schwerpunktthemen und Projekte herausgebildet, an denen viele Partner mitwirken. Nunmehr geht es um die aktive Unterstützung dieser deutsch-griechischen Themen- und Projektpartnerschaften, um die Vertiefung der Netzwerkarbeit sowie um den Ausbau der griechischen Projekte auf kommunaler Ebene.

Die Projekte und Themenstellungen haben konkrete Formen angenommen und zeigen erste Ergebnisse der erfolgreichen Zusammenarbeit der beiden Länder. Gleichzeitig werden neue Themen und neue Aktivitäten vorbereitet.

2013 wurde die aktive Beteiligung der deutschen Bürgermeister, Experten und Gemeindevertreter im Rahmen des DGV-Konzepts der Know-how-Partnerschaften auf eine neue Basis gestellt. Hierzu wurden zwei Bürgermeisterbüros in Athen und Thessaloniki als Schaltstellen sowohl für deutsche als auch für griechische Bürgermeister und Experten eingerichtet, die in der DGV aktiv sind.

Ein wichtiger Punkt der DGV ist die Nachhaltigkeit der Initiativen. Dazu zählt, dass Informationsgespräche und Konferenzen nachbereitet, Handlungsbedarf herausgearbeitet sowie gezielte Follow-ups organisiert werden, um alle Akteure zeitnah über neue Entwicklungen zu informieren und das Netzwerk aktiv zu gestalten. Viele Themen wurden in Konferenzen, Tagungen und Workshops offen diskutiert. Aufgrund des hohen Interesses an einem praxisnahen Austausch werden – auf Nachfrage aus Griechenland – Delegationsreisen und Folgeprojekte zu dringenden Fragestellungen angeboten.



Mit der Deutsch-Griechischen Versammlung wurde in Europa Neuland betreten. Die Themen reichen von der Ausbildung im dualen System, der Verbesserung der lokalen und regionalen Verwaltungsstrukturen bis hin zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements. Alternative und nachhaltige Tourismusförderung, beispielsweise durch Ausdehnung der Tourismus-Saison in Form von Pflegereisen auf die Insel Rhodos und geführte Wohnmobiltouren durch Nordgriechenland gehören ebenso dazu wie Kooperationen in der Musikwirtschaft zwischen den Metropolen Berlin und Thessaloniki. Auch Otto Rehhagel unterstützt die Aktivitäten der DGV und traf sich mit Fußballern der Apostoli auf dem Trainingsgelände von Panathinaikos Athen.



Feierlich eröffneten der Bürgermeister von Thessaloniki, Giannis Boutaris, und Hans-Joachim Fuchtel das neue Bürgermeisterbüro in Thessaloniki. Seit dem Frühjahr 2013 unterstützen die gemeinsam geführten Bürgermeisterbüros in Athen und Thessaloniki die Arbeit der DGV. Die Büros dienen als Koordinierungsstellen für Experteneinsätze, analysieren und fördern interkommunale Kooperationen und geben neue Impulse und Ansätze für Projekte.



Bürgermeisterbüros und kommunale Experteneinsätze

Die bilaterale Zusammenarbeit der Kommunen und Regionen in der DGV hat eine positive Eigendynamik entwickelt. Schon früh haben sich deutsche Bürgermeister und Experten bereit erklärt, an einer Know-how-Partnerschaft mit einer griechischen Kommune oder einer Region teilzunehmen.

Seit 2012 ist der kommunalpolitische Erfahrungsaustausch auf der Ebene von Beratungsgesprächen zwischen deutschen und griechischen Bürgermeistern und Experten ein ständiger Bestandteil der Arbeit der DGV.

Besonders aktiv hierbei war der Baden-Württembergische Gemeindetag. Nach einem Aufruf von dessen Präsident Roger Kehle erklärten sich über 80 Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte bereit, an diesem Know-how-Transfer ehrenamtlich mitzuwirken. Mittlerweile beteiligen sich über 120 Kommunalvertreter aus dem gesamten Bundesgebiet.

In einer Vereinbarung mit der Vereinigung der Bürgermeister von Nordgriechenland wurde die Zusammenarbeit zwischen den deutschen und griechischen Bürgermeistern förmlich beschlossen. Seit dem Frühjahr 2013 gibt es gemeinsame Bürgermeisterbüros in Athen und Thessaloniki. Dies unterstreicht auch, dass die DGV-Arbeit eine vereinte Anstrengung ist, um die anstehenden Probleme zu meistern.

Der Austausch im Rahmen der Bürgermeister- und Experteneinsätze hat sich von der DGV III zur DGV IV erheblich gesteigert. Inzwischen fanden über 100 Einsätze in 26 Städten und Regionen statt, aus denen sich konkrete Beratungswünsche ergaben. Zahlreiche Partnerschaften

konnten neu begründet werden oder sind in Vorbereitung. Die daraus resultierenden Projekte berühren den gesamten Bereich kommunaler Aufgaben wie beispielsweise Abfallwirtschaft, Energie, Tourismus, Jugend- und Seniorenarbeit, aber auch die Organisation einer Gemeinde sowie die Optimierung der Verwaltungsarbeit.

Auf deutscher Seite wird die Arbeit von den kommunalen Spitzenverbänden, dem Landkreistag, dem Städtetag sowie dem Städte- und Gemeindebund unterstützt. Auf griechischer Seite sind der Zentralverband der Städte und Gemeinden KEDE und der Rat der Gouverneure aktiv beteiligt.

Die DGV IV in Nürnberg bot die Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und in die zweite Phase der Bürgermeistergespräche einzutreten. Es geht jetzt darum, die gemeinsamen Grundsätze für die Umsetzung zu verabschieden. Bestehende Kontakte werden verstetigt und neue Beziehungen begründet.

Ein zentraler Schwerpunkt der weiteren Arbeit ist das Thema Jugend. Mit Hilfe von nationalen und europäischen Initiativen, Programmen und Netzwerken sollen die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, der Bildungs- und allgemeine Jugendaustausch engagiert vorangetrieben werden. Alle Experteneinsätze sollen diesen Bereich neben den bestehenden Inhalten behandeln.

Im Gespräch mit Bürgermeister Frank Edelmann aus der Gemeinde Steinach

Herr Edelmann, Sie engagieren sich für Griechenland im Rahmen der Deutsch-Griechischen Versammlung und der Bürgermeistergespräche.

Was genau ist unter Bürgermeistergesprächen zu verstehen?

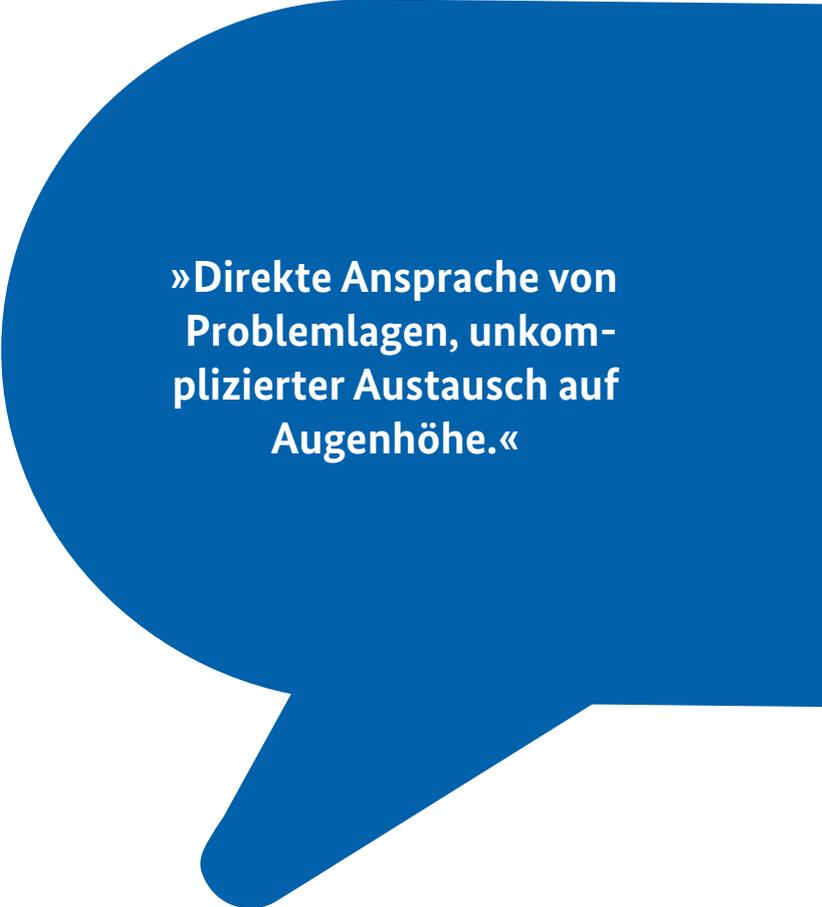
Die Gespräche unter Kollegen ermöglichen die direkte Ansprache von Problemlagen und den unkomplizierten Austausch auf Augenhöhe. Unser Amt verbindet uns »im Geiste«. Beide Partner können ihre Sichtweise ungefiltert einbringen und sich ohne Umwege austauschen.

Was ist Ihre Motivation, sich für die deutsch-griechische Zusammenarbeit zu engagieren und was sind Ihre Erfahrungen?

Meine größte Motivation ist meine griechische Ehefrau. Seit nahezu 20 Jahren leben wir einen deutsch-griechischen Alltag. Einen kleinen Beitrag zur Veränderung und Verbesserung beitragen zu können und die Tatsache, vor Ort hoch engagierte Menschen mit dem Willen zur Veränderung zu treffen, ist jedes Mal neue Motivation.

Können Sie konkrete Beispiele nennen?

Bei meinen Aufenthalten in Amyntaio, Lechovo und Thessaloniki haben wir mit sehr engagierten Kommunalpolitikern und ehrenamtlich organisierten Menschen neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und Ehrenamtsarbeit entwickelt. In Thessaloniki haben wir gemeinsam Pläne für eine Koordinierungsstelle entworfen, die die Zusammenarbeit der Kommunalverwaltung mit den örtlichen Zivilgesellschaften auf neue Grundlagen stellt. Bei einem Seminar in Athen habe ich vor Kommunalvertretern die Perspektiven einer ehrenamtlichen Feuerwehr- und Rettungsdienststruktur aufgezeigt. Bei einer Erneuerbaren-Energie-Konferenz in der Braunkohleregion Nordgriechenlands habe ich Chancen, auch kleinerer Gemeinden, im Bereich der Energieerzeugung auf Basis regenerativer Energien und Möglichkeiten regionaler Wertschöpfung beschrieben. Aus den einzelnen Vorträgen ergaben sich dann immer konkrete Folgeberatungen und einzelne Projektumsetzungen.



»Direkte Ansprache von Problemlagen, unkomplizierter Austausch auf Augenhöhe.«

Welchen Mehrwert bietet diese Kooperation für Sie?

Der Austausch bereichert alle Beteiligten. Er bietet die Chance, den eigenen Blickwinkel aufzuweiten. Unsere Zukunft in Europa kann nur gelingen, wenn sich alle mit ihren Möglichkeiten einbringen. Es zeigt sich auch hier, dass ein funktionierender Staat nur mit einem guten Fundament, das heißt mit gut organisierten Kommunen, gelingt. Und dazu braucht es engagierte Bürgerinnen und Bürger.

Wie sehen die nächsten Schritte aus?

Ich werde auf Wunsch von Bürgermeister Boutaris das eingerichtete Kommunikationsbüro in Thessaloniki und die Aufgabenstruktur weiter begleiten und mit den Verantwortlichen vor Ort gemeinsam ausbauen. In weiteren Workshops sollen die Chancen der aktiven Bürgerbeteiligung bei der Stadtentwicklung dargestellt werden. In Amytaio und Lehovo soll mit der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft ein Fünf-Jahres-Plan für eine aktive Bürgerbeteiligung entwickelt werden.

Im Gespräch mit Bürgermeister Ioakim Iosifidis aus Amyntaio und Präsident der Energiestädte Griechenlands

Herr Iosifidis, Sie engagieren sich in der Deutsch-Griechischen Versammlung von Beginn an. Was hat Sie dazu bewogen, die DGV zu unterstützen?

Seit meiner Wahl 2010 zum Bürgermeister von Amyntaio habe ich mich bemüht, weitläufige Allianzen auf kommunaler Ebene aufzubauen. Zunächst im eigenen Lande durch die Gründung des Netzwerks der Energiestädte Griechenlands. Es handelt sich hierbei um eine der ersten thematischen Netzwerke, an dem sich alle Städte Griechenlands beteiligen, in denen Energie aus Braunkohle gewonnen wird. Die Vernetzungsbemühungen wurden auf europäischer Ebene im Rahmen des Bürgermeisterabkommens fortgesetzt. Alle am Netzwerk der griechischen Energiestädte beteiligten Kommunen unterzeichneten das Bürgermeisterabkommen, so auch die Gemeinde Amyntaio. Das Abkommen ist eine europäische Initiative zur Förderung von innovativen Ansätzen für nachhaltige Energiegewinnung. Die Deutsch-Griechische Versammlung kam ergänzend zu unseren Bemühungen hinzu, die Gemeinde Amyntaio mit den Kommunen Europas zu vernetzen, um sich auf kommunaler Ebene mit »Best Practice« und Know-how besser auszutauschen. An dieser Stelle muss ich betonen, dass uns die DGV durch ihr besonderes Engagement erfreulich überrascht hat und konstruktiv unsere Bemühungen unterstützt: Nämlich eine Gemeinde aufzubauen, die nach außen orientiert ist und Kooperationen mit Kommunen in Deutschland und Europa anstrebt.

Können Sie anhand einiger konkreter Beispiele benennen, vor welchen Herausforderungen ihre Gemeinde steht?

Die Hauptherausforderung, der sich die Gemeinde Amyntaio ebenso wie alle weiteren Energiestädte des Landes zu stellen hat, ist die langjährig einseitige Energiegewinnung durch Braunkohle. Die größte Einkommensquelle in der Region der Gemeinde Amyntaio ist die Stromgesellschaft DEI und die Produktion von elektrischer Energie. Dieser Umstand hat zur Schrumpfung der anderen Wirtschaftsbereiche in unserer Kommune geführt. Als zukünftigen Schwerpunkt betrachten wir die Erzielung eines ausgeglicheneren Wirtschaftswachstums auf der Grundlage der Möglichkeiten, die die Region zu bieten hat. Beispielfhaft sind Landwirtschaft, Verarbeitung und Veredelung von Agrarprodukten sowie alternative Tourismusformen zu nennen. Die Energiegewinnung soll zwar weiterhin eine führende Rolle spielen, jedoch rückt das Thema Umweltschutz immer mehr in den Mittelpunkt. Die Umwelt hat besonders durch den Braunkohleabbau gelitten. Daher ist eine nachhaltige Energiegewinnung durch optimale Nutzung der erneuerbaren Energieformen elementar.

**»Eine Gemeinde aufbauen,
die Kooperationen mit
Kommunen in Deutschland
und Europa anstrebt.«**

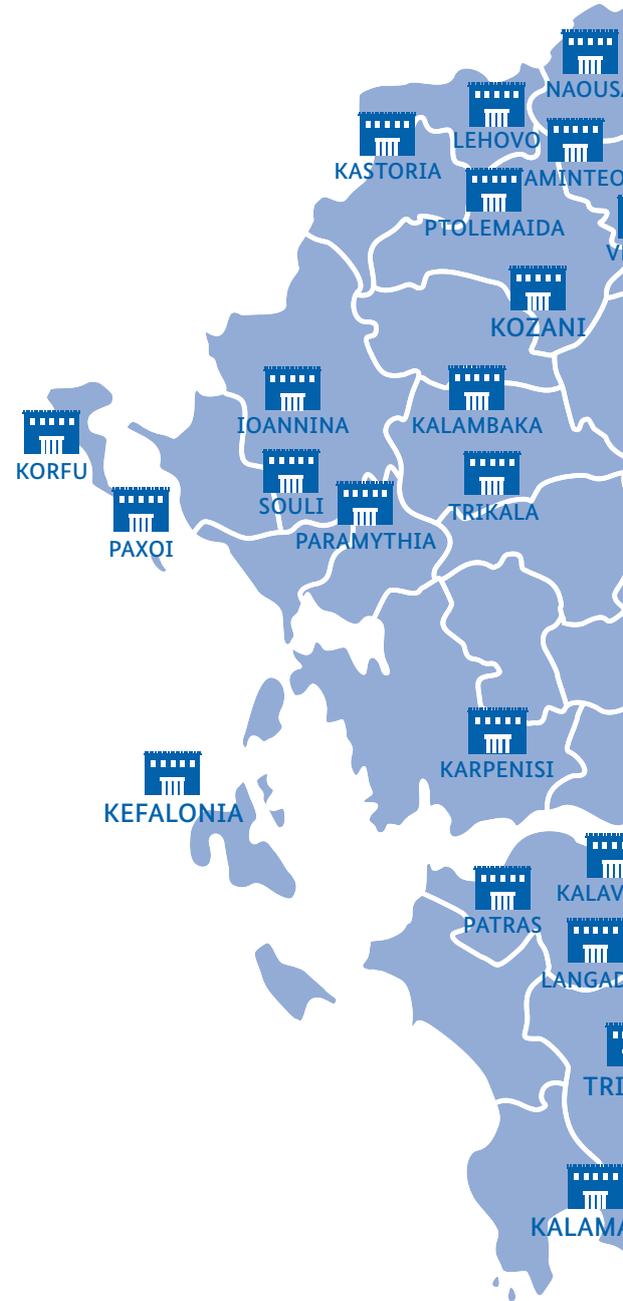
Welche Unterstützung bietet die DGV hierzu?

Wir konnten zu deutschen Energieregionen Kontakte knüpfen und haben erfahren, wie hier Wachstum auf der Grundlage der Energiegewinnung ausgeglichener gestaltet werden kann und ohne die Umwelt für alle Zeiten zu schädigen. Eindrucksvoll wurden uns Beispiele gezeigt, wie die Energiegewinnung harmonisch in andere Wirtschaftsfelder eingefügt werden kann. Charakteristisch sind hierfür beispielsweise die Energieregionen Zeitz und Cottbus, wo ehemalige Braunkohletagebaue in Erholungsgebiete umgestaltet und der lokale Tourismus gefördert wurden. In diesen Regionen haben wir gesehen, dass die Energiegewinnung auf Braunkohlebasis als Mix mit den erneuerbaren Energieträgern weiterentwickelt worden ist. Die Gemeinde Zeitz betreibt eine eigene Energiegesellschaft, die die Bürger mit Energie und Wärme versorgt. Das streben wir auch für unsere Gemeinde an, um die Tätigkeitsfelder des Wärmeversorgungsunternehmens auch auf den Vertrieb von Strom auszudehnen und somit das Wirtschaftswachstum der Kommune zu steigern.

Wie sehen die nächsten Schritte aus?

Zu den nächsten Schritten gehört die weitere Stärkung der Beziehungen zu den deutschen Kommunen, die ähnliche Herausforderungen bewältigt haben beziehungsweise noch bewältigen. Unser Hauptziel ist die Förderung von »Best Practice« und deren Umsetzung bei konkreten Projekten. Wir wollen die Situation unserer Bürger verbessern und gemeinsam mit unseren deutschen Partnern einen neuen Weg des Wachstums in den Kommunen aufzeigen.

Kontaktstellen und Experteneinsätze in Griechenland



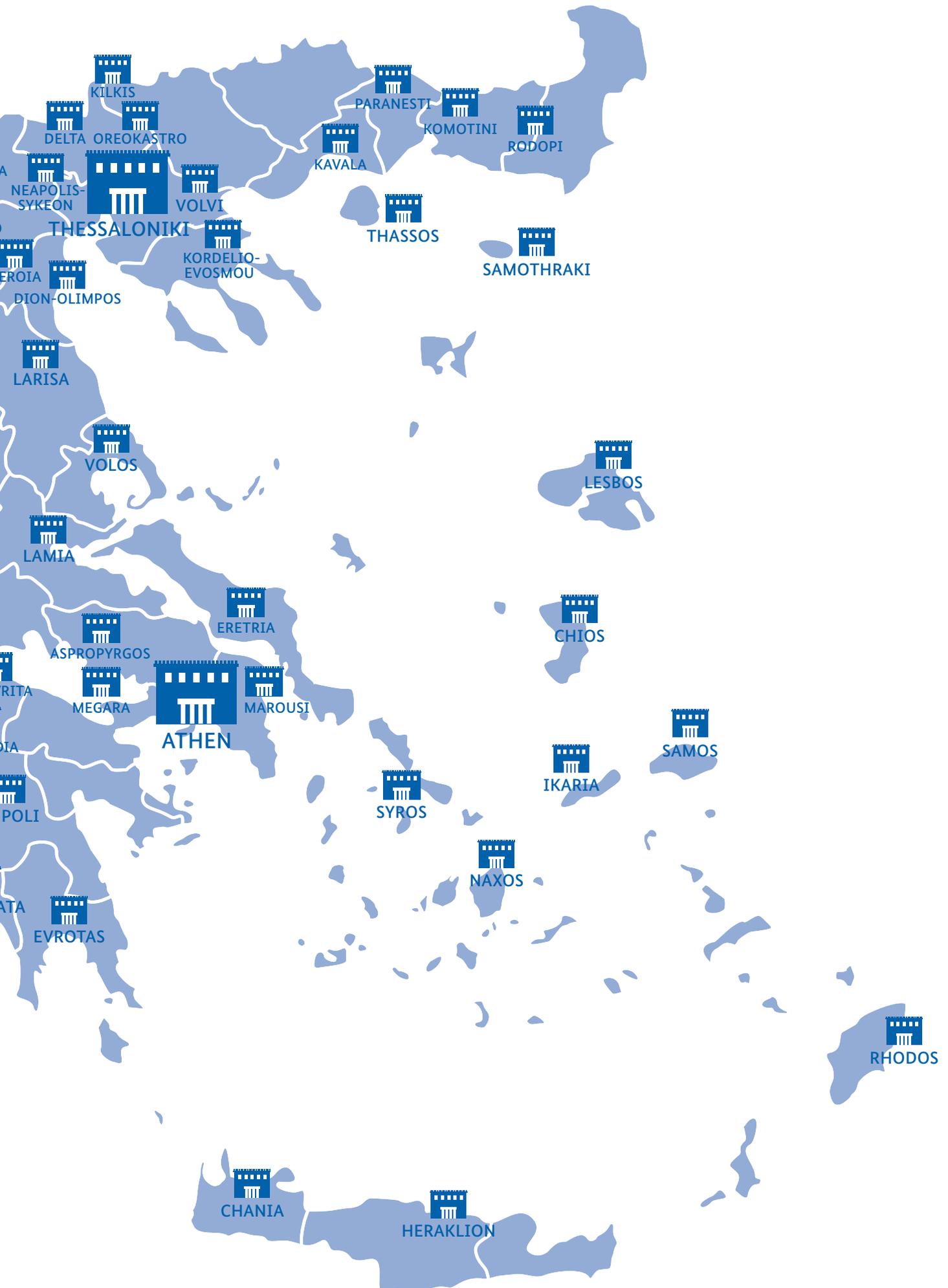
Griechenland

Thessaloniki

- Koordinierungsbüro DGV
- Bürgermeisterbüro

Athen

- Bürgermeisterbüro



»Die Stadt der Zukunft«

Vierte Deutsch-Griechische Versammlung in Nürnberg

»Sie erfüllen die Partnerschaft zwischen unseren beiden Ländern mit Leben. Sie bauen neue Brücken zwischen unseren Gesellschaften.« Mit diesem per Video übermittelten Grußwort von Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde am 22. Oktober 2013 im Nürnberger Messezentrum die Vierte Deutsch-Griechische Versammlung eröffnet. Das erstmals in Deutschland stattfindende Forum für die Zusammenarbeit von Kommunen und Regionen beider Länder trug das Motto »Die Stadt der Zukunft«. Über 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Griechenland und Deutschland – darunter mehr als 60 griechische Bürgermeister – nutzten die dreitägige Zusammenkunft, um sich über ein breites Themenspektrum auszutauschen.

»Mir liegt sehr daran, dass wir in Deutschland unsere griechischen Partner bei ihren Reformanstrengungen unterstützen«, betonte die Kanzlerin. Gastgeber Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg und Präsident des Deutschen Städtetages, sagte: »Wir senden aus Nürnberg ein Signal des gegenseitigen Respekts und der Solidarität. Griechenland ist mit der Polis die Wiege der europäischen Stadt. Hier entstand die kommunale Selbstverwaltung, die wir in diesen Zeiten stärken müssen. Wir treten nicht als Besserwisser an, sondern als solidarische Kollegen.«

Kostas Askounis, Präsident des griechischen Zentralverbands der Städte und Gemeinden und Bürgermeister der Stadt Kallithea, erinnerte an die Einschnitte für die griechischen Bürgerinnen und Bürger. Der starke Rückgang der Wirtschaft und die harten Sparmaßnahmen seien beispiellos in Europa. An die Gastgeber gewandt sagte er: »Wir wollen hier von ihnen auch lernen, wie man eine Region aufwertet, auf allen Gebieten – Umwelt, Tourismus, moderne Verwaltung. Wir brauchen eine soziale Wirtschaft für eine soziale Gesellschaft.«

Der damalige Innenminister der Hellenischen Republik, Giannis Michelakis, unterstrich: »Eine moderne Kommunalverwaltung ist ein Grundelement für den Wiederaufbau Griechenlands.« Im Hinblick auf die großen Anstrengungen der griechischen Regierung und griechischen Bürgerinnen und Bürger erklärte Michelakis: »Wir haben unsere Verpflichtungen eingehalten und erbitten ihre Unterstützung für Maßnahmen, die neue Arbeitsplätze schaffen.«

Der Vertreter der Bayerischen Staatsregierung, Michael Hinterdobler, betonte die langjährige Freundschaft zwischen Bayern und Griechenland, die sich in einer Fülle gemeinsamer Projekte ausdrücke.

Der Co-Gastgeber und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Beauftragter der Bundeskanzlerin für die Deutsch-Griechische Versammlung, Hans-Joachim Fuchtel, hob die Einzigartigkeit der Versammlung hervor: »Die Griechen leisten hier Pionierarbeit für Europa. Der Zusammenarbeit gehört die Zukunft. In einer globalisierten Welt gilt: Nur gemeinsam ist Europa stark.«

Yannis Boutaris, Vizepräsident des griechischen Zentralverbands der Städte und Gemeinden und Bürgermeister von Thessaloniki, forderte Offenheit und den Abbau von Vorurteilen und Klischees. Er erwarte, dass der Austausch von Wissen und Erfahrung auch das Selbstvertrauen der Bürger stärke.

Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg und Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, ging auf die fundamentale Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung ein. »Was in einer Stadt oder Gemeinde getan werden kann, soll auch dort gemacht werden können. Die Kommunen in Griechenland müssen den Stellenwert bekommen, der ihnen zusteht. Daran arbeiten wir.«

Die Konferenzteilnehmer erwartete ein dichtes und praktisch orientiertes Programm mit Exkursionen und Workshops zu den Themen kommunales Management, erneuerbare Energien, Integration in den Arbeitsmarkt, Landwirtschaft, Wassermanagement und Migration sowie eine Vielzahl von Beispielen aus den Aktivitäten der Deutsch-Griechischen Versammlung.



Konrad-Adenauer-Stiftung Athen

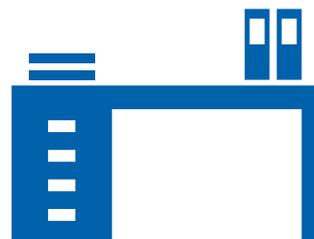
Strategien kommunalen Verwaltungsmanagements

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat sich in die Vierte Deutsch-Griechische Versammlung in Nürnberg mit einem verwaltungsstrategischen Thema eingebracht: Unter der Überschrift »Steuerungs- und Führungsinstrumente in Politik und Verwaltung: Aufgaben und Ziele« fanden ein Roundtable sowie eine anwendungsorientierte Exkursion für die griechischen und deutschen Kommunalexperten sowie politischen Praktiker statt.

Einem strategischen Management wird in der zukunftsorientierten kommunalen Verwaltung immer mehr Bedeutung beigemessen. Veränderungsprozesse erfordern Ergebnis-, Kosten-, Kunden- und Mitarbeiterorientierung. Nach konkreten Zielen ausgerichtetes Handeln wird – gerade unter den Bedingungen knapper werdender Finanzmittel – immer stärker eingefordert.

Der von der KAS angebotene Roundtable zu Strategien kommunalen Managements ließ Experten und Praktiker zum Thema zu Wort kommen: Professor Dr. Hermann Hill von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer führte zunächst in Verfahren und Instrumente des kommunalen Verwaltungsmanagements nach heutigen Anforderungen und Möglichkeiten ein. Anschaulich schilderte er die inzwischen allortigen großen Herausforderungen, denen sich Kommunalmanagement in Zeiten von Budget- und Personalkürzungen, demografischem Wandel, komplexeren Problemlagen für die einzelnen

Kommunen und neuen technischen Möglichkeiten stellen muss. Als einen Lösungsweg zeigte er insbesondere die Chancen der interkommunalen Zusammenarbeit auf, die in vielen Bereichen Synergieeffekte schaffen kann. Yiannis Boutaris, Bürgermeister von Thessaloniki, unterstrich in seinem Beitrag den extrem beschränkten Handlungsspielraum der Städte und Kommunen in Griechenland, die unter Aufgabenzuwachs bei gleichzeitiger massiver Reduzierung der kommunalen Haushalte leiden. Kostas Bakoyannis schilderte seine Erfahrungen als Bürgermeister von Karpenisi, einer kleineren Gemeinde in Zentralgriechenland, mit den Herausforderungen des kommunalen Verwaltungswesens und dessen Management. Er forderte für die griechischen Städte und Gemeinden in Anbetracht der aktuellen Probleme insbesondere die budgetäre Unabhängigkeit von der Zentralregierung und die nach seiner sowie Yiannis Boutaris' Ansicht dringend benötigte Berechtigung, kommunale Steuern erheben zu können. Die anschließende Diskussion bot Gelegenheit für Fragen und Kommentare.



Exkursion: Einwohnermeldeamt Nürnberg

Im Vorfeld dieses inhaltlichen Diskurses hatte mit 70 Teilnehmern eine Exkursion in die Praxis des modernen Verwaltungsmanagements stattgefunden: Bei einem Besuch im Einwohnermeldeamt Nürnberg konnte der Einblick in eine Verwaltungsorganisation nach neuestem Standard gewonnen werden. Der Leiter der Behörde schilderte Aufstellung, Prozesse und Verfahren der modernen Verwaltungseinheit. Im Anschluss erläuterte Harald Riedel, Finanzreferent von Nürnberg, in einem Vortrag die strategische Finanzplanung der Stadt und beantwortete zahlreiche Fragen der Exkursionsteilnehmer zur Planung und Aufstellung des städtischen Haushalts.

Die Themen Kommunalpolitik sowie Stärkung der Bürger- und Zivilgesellschaft sind Felder, denen sich die Konrad-Adenauer-Stiftung weltweit widmet. Mit ihrer kommunalpolitischen Expertise unterstützt die KAS Athen die DGV in ihrem Know How-Austausch – vor allem zu wirtschaftspolitischen sowie verwaltungsstrategischen Themen. In dieser Perspektive und mit dieser Kompetenz erfolgte die inhaltliche Schwerpunktsetzung für die KAS zur DGV IV in Nürnberg.

Ausblick 2014

Die Zusammenarbeit zwischen Griechenland und Deutschland hat mit der Deutsch-Griechischen Versammlung ein neues, europaweit einmaliges Format gefunden: Sie ist das Dach für die aus kommunalem und bürgerschaftlichen Engagement gewachsenen Projekte sowie für einen grenzüberschreitenden Wissenstransfer – nah beim Bürger. Gerade in politisch und sozial herausfordernden Zeiten ist ein solcher Ansatz der Unterstützung auf zivilgesellschaftlicher, lokaler Ebene von großer Bedeutung, um den Reformprozess auf nationaler Ebene zu begleiten. Der direkte Dialog leistet einen unschätzbaren Beitrag für ein geeintes Europa.

Darüber hinaus nimmt die KAS 2014 mit ihren Projekten in Griechenland wieder vor allem junge Zielgruppen in den Blick: Themen wie die Professionalisierung von Start-ups, die Fortführung des deutsch-griechischen Workshops für junge Journalisten und Projekte rund um die Wahlen zum Europäischen Parlament sowie die griechischen EU-Ratspräsidentschaft markieren die Planungen für das Jahr 2014.

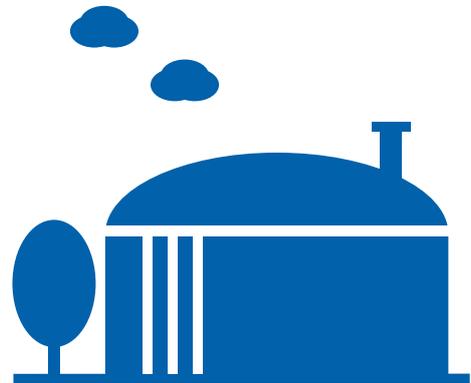
Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Athen

Starke Kommunen mit erneuerbaren Energien

Griechenland ist für die Energiegewinnung aus Sonne und Wind prädestiniert. Die Nutzung von erneuerbaren Energien ist für die Kommunen oftmals ein Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg und für die Entlastung der öffentlichen Kassen. Im Workshop wurden Beispiele zur Nutzung von erneuerbaren Energien auf kommunaler Ebene aus Griechenland und Deutschland vorgestellt. Anschließend wurde diskutiert, inwiefern die Erfahrungen auch auf andere Städte und Kommunen übertragen werden können und welchen nationalen Herausforderungen die Energiepolitik in den nächsten Jahren gegenübersteht.

Der Bürgermeister der ägäischen Insel Andros, Ioannis Glynos berichtete, dass es ihm gelungen ist, einen Windpark für die kommunale Energieversorgung zu errichten. Hierzu habe man mit internationalen Partnern zusammengearbeitet und einen Know-how-Transfer organisiert. Der Windpark befindet sich bereits in der Lizenzierungsphase und kann demnächst den Betrieb aufnehmen. Von der Insel Syros berichtete Bürgermeister Ioannis Dekavallas ebenfalls von der erfolgreichen Installation eines Windparks mit 150 Megawatt. Zudem habe es die Insel geschafft, die Wärme eines Kraftwerks des Energieerzeugers DEI zur Beheizung eines kommunalen Schwimmbads zu nutzen. Ein weiteres erfolgreiches Umweltprojekt ist die lokale Infokampagne zum Recycling für private Haushalte.

Ilias Efthymiopoulos, Direktor der Energieagentur in der Ägäis, und Ioakim Iosifidis, Präsident des Netzwerks der Energieproduzierenden Städte Griechenlands, forderten gemeinsam bessere Strukturen für genossenschaftliche Projekte in Griechenland. Eine lokale Verwaltung müsse mehr Rechte zur Mitgestaltung der lokalen Energieproduktion und -verteilung bekommen. Die Monopolstellung des in Griechenland größten Energiekonzerns DEI sei ein Hindernis, da dieser auch die Stromnetze zur Verfügung stellt. Die Konsumenten müssten derzeit hohe Preise für Strom aus erneuerbaren Energien bezahlen. Es sei wichtig, die Luftverschmutzung zu reduzieren und den Klimaschutz voranzutreiben. Dies könne beispielsweise auch mit neuen Projekten zur nachhaltigen Mobilität durch Elektroautos gelingen.



Exkursion: Biogasanlage in Triesdorf

Im Rahmen der DGV IV besuchten zahlreiche griechische und deutsche Teilnehmer die Biogasanlage in Triesdorf. Hier wird Wärme und Strom komplett aus erneuerbarer Energie bezogen. Eine Kombination aus Biogasanlage und Hackschnitzelheizung versorgt rund 50 Gebäude der Triesdorfer Lehreinrichtungen mit Wärme. Zudem speist die Biogasanlage Strom für 700 Haushalte ins öffentliche Netz. Als »Futter« für die Anlage dienen Gülle, Mist und Heckschnitt. Die griechischen Teilnehmer der Exkursion informierten sich insbesondere über die Nutzungsmöglichkeiten solcher Anlagen für die kommunale Energieversorgung und für die Verwertung von Abfällen aus der Produktion von Olivenöl.

Ausblick 2014

Das erste Halbjahr 2014 stand im Zeichen der Übernahme des Europäischen Ratsvorsitzes durch Griechenland und die Wahlen zum Europaparlament. Historisch wird das Jahr geprägt durch das 40jährige Bestehen der griechischen Demokratie seit dem Fall der Junta. Die FES setzt in ihrer Arbeit deshalb aktuell einen Schwerpunkt bei den Themen Europa und Demokratie und will besonders junge Zielgruppen einbinden. Dieser Schwerpunkt lässt sich mit einer intensiven Kooperation mit Thessaloniki, der Europäischen Jugendhauptstadt 2014, verbinden.

Im Rahmen der deutsch-griechischen Kooperation auf kommunaler Ebene wird die Friedrich-Ebert-Stiftung Athen ihr Engagement zum Thema erneuerbare Energien fortsetzen. Die begonnene Vernetzung der relevanten Akteure in diesem Themenfeld, unter besonderer Berücksichtigung des griechischen Umweltministeriums, wird fortgesetzt und erweitert. Ziel ist es, den Know-how-Transfer im Bereich erneuerbare Energien sowie den deutsch-griechischen energiepolitischen Dialog effektiver zu gestalten. Zu den Fragen, die behandelt werden sollen, gehören: Welche Erwartungen haben griechische Politikvertreter und Organisationen der Zivilgesellschaft an Deutschland? In welchen Bereichen können deutsche Akteure dazu beitragen, dass die Nutzung erneuerbarer Energiequellen in Griechenland voranschreitet? Welche Fördermechanismen sind relevant?

Es hat sich in den vergangenen beiden Jahren gezeigt, dass beim Thema erneuerbare Energien der direkte Dialog zwischen kommunalen Entscheidungsträgern aus Deutschland und Griechenland und der konkrete Erfahrungsaustausch eine notwendige und hilfreiche Ergänzung zum energiepolitischen Rahmen der EU darstellen.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)

Jugend ohne Perspektive? – Eigeninitiativ handelnden jungen Griechen eine Stimme geben

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) hat sich zum Ziel gesetzt, mit ihren Aktivitäten und Maßnahmen in Griechenland insbesondere reformorientierte politische Kräfte sowie zivilgesellschaftliche Akteure zu stärken. Sie tut dies gemeinsam mit verschiedenen liberalen und reformorientierten Partnerorganisationen vor Ort.

Einen Schwerpunkt hierbei bildet die Arbeit mit jungen Menschen, die die Defizite des wirtschaftlichen und politischen Systems sowohl im öffentlichen als auch im zivilgesellschaftlichen Bereich erkennen und an den Reformen aktiv mitarbeiten wollen. Diese jungen Menschen haben die Zeichen der Zeit erkannt: Sie sind an der Lösung der von ihnen unverschuldeten Krise interessiert, finden jedoch aufgrund der gesellschaftlichen und politischen Strukturen in Griechenland kaum Gehör.

Um diesen Jugendlichen dennoch eine Stimme zu geben, organisierte die FNF im Rahmen der Vierten Deutsch-Griechischen Versammlung (DGV IV) eine Podiumsdiskussion, auf der vier griechische Jugendliche von ihren extremen Schwierigkeiten, aber auch von ihren ganz persönlichen Ansätzen zur Problemlösung aus erster Hand berichten konnten. Maria Dritsa (25), Praktikantin bei UNHCR Griechenland, Maria Portokalaki (23), arbeitslose Journalistin aus Samos, Apostolos Siokas (30), Präsident des Stadtrates von Moschato, sowie Omiros Tsalalos (26), Mitbegründer des »Museums für griechische Gastronomie« in Athen, schilderten ihre Sicht der Krise und legten liberale Lösungsansätze für Politik und Gesellschaft dar, die anschließend gemeinsam mit dem Publikum diskutiert wurden.



Exkursion: Innovations- und Gründerzentrum in Nürnberg/Fürth/Erlangen

Zuvor hatten sich die Teilnehmer bei einem Besuch des Innovations- und Gründerzentrums Nürnberg/Fürth/Erlangen über die Integration junger Menschen in den deutschen Arbeitsmarkt informiert. Hierbei zeigten sich insbesondere die kommunalpolitisch aktiven Jugendlichen von dem hohen Organisationsgrad der Kommunen beeindruckt. Im Anschluss an die DGV besuchte die insgesamt sechsköpfige Jugenddelegation noch die Städte Köln und Düsseldorf, wo sie sich mit jugendpolitischen Gesprächspartnern auf kommunaler und Länder-Ebene austauschte.

Ausblick 2014

Im Jahr 2014 setzt die FNF ihre jugendpolitische Arbeit fort, um eine verantwortungsbewusste Generation junger griechischer Führungskräfte an künftige Aufgaben heranzuführen. So werden in »Liberal Youth Seminars on Political Thought«, die mehrmals pro Jahr veranstaltet werden, junge Menschen politisch und ideengeschichtlich unterrichtet sowie von speziell ausgebildeten Trainern rhetorisch und argumentativ geschult. Dabei spielt die Vermittlung von Eigeninitiative und der Fähigkeit, selbstständig zu handeln sowohl politisch wie zivilgesellschaftlich eine große Rolle.

Im Jahr 2014 bildet Thessaloniki mit seinem reformorientierten, liberalen Bürgermeister Yannis Boutaris einen Schwerpunkt der Arbeit der FNF. Die Stadt trägt in diesem Jahr den Titel »Europäische Jugendhauptstadt 2014«. Um ihre Reichweite zu erhöhen, bezieht die FNF daher verstärkt Jugendliche aus der nordgriechischen Peripherie in ihre Aktivitäten ein.

Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)

Synergieeffekte Landwirtschaft und Kommunen

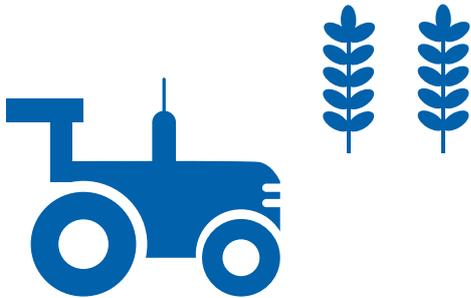
Die Podiumsdiskussion zum Thema »Synergie-Effekte Landwirtschaft und Kommunen« war mit Griechenlands damaligem Minister für Landwirtschaftliche Entwicklung und Ernährung, Athanasios Tsiftaris, Universitätsprofessoren, Vertretern der Deutsch-Griechischen Handelskammer, Olivenöl- und Weinproduzenten hochrangig besetzt. Tsiftaris hob in seinen Ausführungen die große Bedeutung der Landwirtschaft als Wachstumsmarkt für die griechische Wirtschaft hervor.

Die auf dem Podium versammelten Experten waren sich darin einig, dass die landwirtschaftlichen Produkte Griechenlands – ob Wein, Olivenöl, Käse oder auch Südfrüchte – höchste internationale Qualitätsansprüche erfüllen, aber einer besseren internationalen Vermarktung bedürfen.

Außerdem ließen sich durch den Erhalt einer seit Jahrhunderten gewachsenen Kulturlandschaft Synergieeffekte für den Tourismus erzielen, was wiederum zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes und der Kommunen führen würde. Der Anstieg der griechischen Agrarexporte um 13 Prozent im Jahr 2013 sei – so Minister Tsiftaris – ein gutes Zeichen dafür, dass die griechische Landwirtschaft die Zeichen der Zeit erkannt und sich auf den Wachstumspfad begeben hat.

Lokale Initiativen können der Schlüssel zum Erfolg sein. »Wir wollen die Agrarwirtschaft zum dritten wirtschaftlichen Standbein neben Tourismus und Schifffahrt machen«, betonte Tsiftaris. 2014 soll ein Kompetenzzentrum für Landwirtschaft auf der Insel Lesbos gegründet werden – eine Einrichtung, die den Landwirten vor Ort fachliches Wissen vermittelt und Netzwerke aufbaut. Der Olivenanbau wird hierbei zunächst im Mittelpunkt stehen.

In den Bereichen Verkauf und Marketing werden die Händler gezielt geschult, um qualitativ hochwertige Lebensmittel zu erzeugen. Dementsprechend sollen die Produkte vermarktet und verkauft werden, denn bisher ging ein Großteil der griechischen Oliven als günstige und lose Ware in den Handel. Der Hinweis auf die lokale Herkunft soll den Werbeeffect verstärken.



Exkursion: Gemüseerzeuger in Nürnberg

Die Hanns-Seidel-Stiftung organisierte im Rahmen der DGV IV eine Exkursion zu einem landwirtschaftlichen Betrieb in einem Gemüseanbaugebiet nordwestlich von Nürnberg. Bei der Firma Höfler im sogenannten »Knoblauchland« lernten die Teilnehmer einen hochmodernen mittelständischen Gemüseerzeuger kennen, der mit seinen Gewächshäusern die Region Nürnberg ganzjährig mit frischem Obst und Gemüse versorgen kann.

Für die griechischen Gäste war dabei besonders die Verwendung von neuen Hightech-Gewächshausgläsern interessant, die das natürliche Sonnenlicht ohne Schattenbildung auf die Pflanzen leiten, was den Prozess der Photosynthese intensiviert und zu hohen Erträgen führt. Da in Griechenland klimabedingt Gewächshäuser auf eine aufwändige Beheizung verzichten können, wäre es dort mit einer solchen Technologie ohne allzu großen Aufwand möglich, nahezu ganzjährig frisches Gemüse für den heimischen Markt kostengünstig zu produzieren.

Ausblick 2014

Im Jahr 2014 setzt die Hanns-Seidel-Stiftung ihre Projektaktivitäten in Griechenland mit dem Ziel fort, den deutsch-griechischen beziehungsweise europäischen Dialog über relevante wirtschaftspolitische Themen zu verstärken.

Neben konkreten Projekten wie der Errichtung des Kompetenzzentrums für Landwirtschaft auf Lesbos sollen weitere Maßnahmen in Angriff genommen werden, die den Reformprozess und die Effizienz der kommunalen Selbstverwaltung, die Förderung des landwirtschaftlichen und touristischen Sektors wie auch die Zusammenarbeit auf politischer Ebene stärken.

Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)

Allianz für das Wasser

Die Heinrich-Böll-Stiftung in Griechenland stellte auf der DGV IV ihr Projekt »Allianz für das Wasser« vor. Angesichts der in vielen Regionen Griechenlands herrschenden Wasserknappheit, des verschwenderischen Verbrauchs und der vielerorts mangelhaften Wasserbewirtschaftung sind ein nachhaltiges und effizientes Wassermanagement der kommunalen Wasserwerke sowie die Stärkung des Bewusstseins der Bürger über den Wert dieses knappen und wertvollen Guts von großer Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ gutem Wasser zu angemessenen Preisen.

Die Projektpartner der Stiftung, die Umweltorganisation MedSOS und das Netzwerk der grünen griechischen Städte, präsentierten beim Workshop die positiven Erfahrungen aus der in Griechenland nicht selbstverständlichen Zusammenarbeit zwischen einer NGO und den Wasserwerken von zehn griechischen Kommunen. Mit diesem partizipativen Ansatz kommt dem Projekt »Allianz für das Wasser« auch exemplarische Bedeutung zu für die Neuausrichtung der öffentlichen Verwaltung in Griechenland. Denn es geht um beides: um den nachhaltigen Umgang mit einer kostbaren Ressource und um ein Bewusstsein, dass dieser nachhaltige Umgang nicht einfach Sparsamkeit, Vorschriften und Preispolitik bedeutet, sondern kollektive Verantwortung, die im Zusammenwirken von Bürgern und Verwaltung respektive Stadtwerken wahrgenommen werden muss. Die Erfahrungen mit dem Projekt haben auch Eingang gefunden in ein Handbuch mit Empfehlungen für ein nachhaltiges Wassermanagement für Kommunen und Bürger.

Anni Mitropoulou und Kleio Manokrousou, die beiden Projektleiterinnen vom Netzwerk MedSoS, stellten Ziele zur Förderung des nachhaltigen Umgangs mit Wasser in Griechenland vor. Dazu wurden Daten und Fakten auf poli-

tischer, wissenschaftlicher und technischer Ebene erhoben und verarbeitet. Im Laufe des sechsmonatigen Projekts haben sich an den Arbeitstreffen und Workshops insgesamt etwa 110 Fachleute aus kommunalen und staatlichen Trägern und Verbänden der Wasserwirtschaft beteiligt. Eingeladen wurden auch Fachleute aus Deutschland, beispielsweise die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V., die Grüne Liga e.V., der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., die vor allem ihre Erfahrungen bezüglich eines partizipativen Ansatzes einbringen konnten.

Der Bürgermeister von Thessaloniki, Yiannis Boutaris, betonte zudem, wie wichtig es aus seiner Sicht sei, dass die Wasserversorgung in kommunaler Hand bleibt. Den Privatisierungsbestrebungen der Wasserwerke von Thessaloniki und Athen stehen der Stadtrat von Thessaloniki und auch eine gesellschaftliche Mehrheit ablehnend gegenüber. Der Stadtrat drängt auf die Rücknahme der Ausschreibung und den Erhalt der Wasserversorgung in öffentlicher Hand, wie dies auch in den meisten Kommunen Europas der Fall sei. Darin stimmte ihm Christa Hecht, die Vertreterin der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft Deutschlands, vollkommen zu. Frau Hecht brachte die Auffassung der Mehrheit der deutschen Kommunen zum Ausdruck, dass die Wasserversorgung eine kommunale Aufgabe ersten Ranges sei und dass auch dort, wo wie in Berlin eine Privatisierung stattgefunden habe, heute ein Umdenken einsetzt.

Exkursion: Kläranlage in Kalchreuth

Die Teilnehmer der DGV IV besichtigten die Kläranlage in der Gemeinde Kalchreuth bei Nürnberg. Sie wurden von Bürgermeister Herbert Saft und Vertretern der Nürnberger Wasserbetriebe über das Kanalprojekt informiert, mit dem das Abwasser der Gemeinde Kalchreuth an die Nürnberger Kläranlage transportiert werden soll – ein Projekt, das für beide Seiten vorteilhaft ist.

Ausblick 2014

Auch 2014 trägt die Heinrich-Böll-Stiftung Griechenland mit Projekten auf kommunaler Ebene zur sozial-ökologischen Erneuerung Griechenlands bei. Im Mittelpunkt stehen die Themen Bürgerbeteiligung und gemeinwohlorientierte Genossenschaften. Weitere Schwerpunkte sind die effektive Gestaltung des deutsch-griechischen kommunalpolitischen Dialogs, eine verstärkte Orientierung an den Erwartungen und Bedürfnissen der griechischen Kommunen sowie die Suche passender Partner in den deutschen Städten und Organisationen der Zivilgesellschaft.



Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)

Migration und Integration – Engagement auf kommunaler Ebene

Der RLS ging es bei der DGV IV um ein gesellschaftspolitisches Anliegen: die Migrations- und Integrationspolitik und deren erfolgreiche Umsetzung auf kommunaler Ebene. Dazu fanden einerseits ein Workshop unter dem Titel »Migrationspolitik: die institutionelle und gesellschaftliche Rolle der Kommunalpolitik« und andererseits eine Exkursion zum Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg statt.

Aufgrund der Verlagerung der Fluchtwege im Mittelmeerraum und seiner geopolitischen Lage nimmt Griechenland eine besondere Rolle in der EU-Migrationspolitik ein. Ferner stellen sich dem Land große Herausforderungen, um die Migrationsströme zu koordinieren und Migranten erfolgreich zu integrieren. Dabei muss es gegenwärtig Fehler der eigenen und auch der EU-Migrations- und Asylpolitik ausbaden, damit sich die ohnehin schon katastrophale Lage der Einwanderer endlich verbessert. Die griechischen Städte und Kommunen tragen indes eine große Verantwortung, zumal sie aufgrund einer fehlenden zentralen Planung in vielen Bereichen auf sich gestellt sind und eigenständig die Probleme lösen müssen.

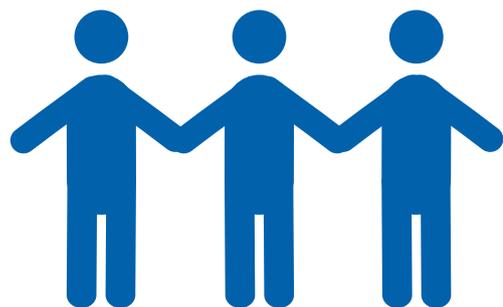
Im Workshop wurde versucht, Lösungsansätze für eine gelungene Migrationspolitik zu finden und die Rollen, die den einzelnen Akteure dabei zukommen, zu evaluieren. Dabei ging es vor allem darum zu klären, wie sich auf kommunaler Ebene Integration erfolgreich umsetzen lässt und was für ein friedliches Zusammenleben zu tun ist. Dazu tauschten griechische und deutsche Kommunalpolitiker Erfahrungen über ihre jeweilige Integrationspolitik aus und diskutierten über Fragen, wie konkrete Projekte Fremdenangst und Rassismus vorbeugen können. Zusätzlich waren Experten eingeladen, die direkt an Integrationsprojekten beteiligt sind, beispielsweise Christos Iliadis, der die Hellenic League for Human Rights im Rat für die Integration von Migranten der Stadt Athen vertritt, oder Pia Koilia, die in Integrationsstrukturen des Athener Stadtteils Ilion arbeitet.

Exkursion: Menschenrechtsbüro Nürnberg

Die Exkursion erfreute sich mit über 60 Teilnehmern großen Interesses. Martina Mittenhuber, die Leiterin des Menschenrechtsbüros, und ihre Mitarbeiterin Sandra Bröring berichteten über die Lage der Migranten in Nürnberg und stellten ihre Arbeit dazu vor. »Nürnberg – Stadt des Friedens und der Menschenrechte« – dieses Leitbild verabschiedete der Stadtrat als Antwort auf die Geschichte der Stadt, insbesondere während der Zeit des Nationalsozialismus und als kommunalpolitischen Auftrag für die Zukunft. Aufgabe des Menschenrechtsbüros ist es, dieses Leitbild mit Leben zu erfüllen, das heißt die kommunale Menschenrechtsarbeit zu konzipieren, zu koordinieren und umzusetzen. Dabei geht es um die Förderung der Menschenrechte auf internationaler und europäischer Ebene ebenso wie um die Wahrung und Stärkung dieser für alle Menschen gleichermaßen geltenden Rechte hier vor Ort.

Ausblick 2014

Auch im Jahr 2014 wird die Arbeit über das Verbindungsbüro in Athen weiterhin fortgesetzt. Dabei stehen folgende Themen im Zentrum: die Krise und Auswirkungen auf die Gesellschaft, Neo-Nazismus in Griechenland und Europa, Auswirkungen von Privatisierungen öffentlicher Güter, Kommunalpolitiker im Erfahrungsaustausch und die Situation von Migrantinnen und Migranten.



Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)

Das Auslandsbüro der KAS stärkt den politischen Dialog zwischen Griechenland und Deutschland, aber auch anderen europäischen Ländern. Dabei richtet die Stiftung über den kommunalen Know-how-Austausch und die verwaltungsstrategische Beratung hinaus ein besonderes Augenmerk auf Projekte mit Journalisten sowie die Unterstützung der Netzbildung von Start-Up-Gründern und Unternehmern in Griechenland. Im Zentrum des politischen Dialogs stehen vor allem wirtschaftspolitische Fragen sowie aktuelle Herausforderungen der europäischen Integration. So werden zahlreiche Projekte in Deutschland, Griechenland und auch anderen europäischen Ländern umgesetzt – beispielsweise der erste deutsch-griechische Jugendkongress der KAS in Berlin oder Studien- und Dialogprogramme für Jungunternehmer, Verbandsvertreter sowie Journalisten in Hamburg, Berlin und Brüssel. Darüber hinaus kooperiert KAS Athen immer wieder mit anderen KAS-Auslandsbüros zu Themen von europäischem Interesse, beispielsweise mit KAS Rom sowie KAS Ankara zum Thema irreguläre Migration.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Auslandsbüro Griechenland
Mourouzi 8
GR - 106 74 Athen

T +30 210 7247 126
F +30 210 2747 153
E info.athen@kas.de

www.kas.de/griechenland
www.facebook.com/kas.athen



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hat im Mai 2012 eine Vertretung in Athen wiedereröffnet, um mit ihrer Arbeit die deutsch-griechischen Beziehungen zu fördern, die europäische Bindung Griechenlands zu vertiefen und den Dialog zwischen den progressiven Kräften beider Länder voranzubringen.

Wirtschaftspolitische Alternativen zur Austeritätspolitik, Strategien zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit, Möglichkeiten zur Förderung erneuerbarer Energien, die Unterstützung des Modernisierungsprozesses in Politik und Verwaltung sind einige der Themen, denen sich die FES innerhalb dieses Dialogs widmet. Die Kooperation auf kommunaler Ebene, zum Beispiel im Rahmen der Deutsch-Griechischen Versammlung, ist dabei von besonderer Bedeutung.

Bei allen Projekten arbeitet die FES eng mit griechischen Partnern aus Politik, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, der Wissenschaft und den Medien zusammen. Gemeinsam werden Fachkonferenzen, Workshops und Expertengespräche angeboten. Außerdem gibt die FES Studien und Analysen in Auftrag und erstellt Publikationen.

Friedrich-Ebert-Stiftung

Büro Athen
Neofiton Vamva 4
GR - 106 74 Athen

T +30 210 72 44 670
F +30 210 72 44 676
E info@fes-athens.org

www.fes-athens.org



Friedrich-Naumann-Stiftung für Freiheit (FNF)

Im Zentrum der Arbeit der FNF in Griechenland steht die jugendpolitische Arbeit. So werden in »Liberal Youth Seminars on Political Thought«, die mehrmals pro Jahr veranstaltet werden, junge Menschen politisch und ideengeschichtlich unterrichtet sowie von speziell ausgebildeten Trainern rhetorisch und argumentativ geschult. Dabei spielen die Fähigkeiten der Entwicklung von Eigeninitiative und des selbständigen Handelns eine wichtige Rolle. Dazu hat die FNF eine Publikation erstellt: eine Sammlung von mehreren sehr informativen Essays der Absolventen über ihre Sicht auf die Krise. Die Publikation ist auf der Internetseite der FNF kostenlos abrufbar.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Büro Athen, Omirou 54
GR - 106 72 Athen

T +30 210 364 3223
F +30 210 364 6953
E athens@fns.org

www.freiheit.org

Friedrich Naumann
STIFTUNG **FÜR DIE FREIHEIT**

Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)

Die Verbindungsstelle der Hanns-Seidel-Stiftung in Athen hat im Oktober 2012 ihre Arbeit aufgenommen. Im Vordergrund steht hier die Pflege eines regelmäßigen Meinungs- und Informationsaustauschs mit führenden Politikern, Regierungsmitgliedern, Parlamentsabgeordneten sowie Wissenschaftlern, Vertretern aus der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und den Medien.

Überdies trägt die Hanns-Seidel-Stiftung durch konkrete Beratungsmaßnahmen und Know-how-Transfer dazu bei, Griechenland bei der Überwindung seiner gegenwärtigen Schwierigkeiten zu helfen und so ein tatkräftiges Zeichen der Solidarität zwischen Deutschland und Griechenland zu setzen.

Sie kümmert sich vor allem um den Ausbau von politischen Dialogprogrammen und den Transfer von Technologien und Know-how in den Bereichen der Landwirtschaft und des Tourismus.

Hanns-Seidel-Stiftung

Verbindungsstelle Athen
Rigillis Str. 12
GR - 106 74 Athen

T +30 210 724 1840
F +30 210 724 1843
E Athen@hss.de



[www.hss.de/internationale-arbeit/
verbindungsstellen/verbindungsstelle-athen.html](http://www.hss.de/internationale-arbeit/verbindungsstellen/verbindungsstelle-athen.html)

Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)

Die HBS möchte mit ihrer Arbeit Griechenland bei der Erneuerung seiner politischen Kultur und seiner europäischen Ausrichtung unterstützen sowie den deutsch-griechischen Austausch und Dialog fördern. In Eigen- und Kooperationsprojekten des politischen Dialogs, der Qualifizierung und Vernetzung arbeitet die Stiftung mit Akteuren und Organisationen der griechischen Zivilgesellschaft und der Kommunen zusammen, die eine Modernisierung durch eine sozial-ökologische Re-Industrialisierung durch eine sozial-ökologische Stärkung der Wirtschaft des Landes und die kooperative Umsetzung von Reformen anstreben. Im Mittelpunkt der Projektarbeit stehen die Stärkung des Sektors der sozialen Ökonomie durch Qualifizierung und Vernetzung gemeinwohlorientierter Genossenschaften und Initiativen, die Förderung der Bürgerbeteiligung durch partizipative Politikformen, die Sensibilisierung und Stärkung demokratischer und solidarischer Einstellungen durch Diversity-Workshops an Schulen und ebenso der Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Fachleuten aus Griechenland, Deutschland und anderen europäischen Ländern über die sozialverträgliche, ökologische und nachhaltige Bewältigung kommunaler Aufgaben.

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Vertretung in Griechenland
Aristotelous 3
GR - 546 24 Thessaloniki

T +30 2310 282829
F +30 2310 282832
E info@gr.boell.org

www.gr.boell.org



Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)

Die RLS möchte mit ihrer Arbeit in Griechenland die Auswirkungen der Krisenmaßnahmen auf die griechische Gesellschaft analysieren, diskutieren und eine breitere Öffentlichkeit über die Ergebnisse informieren. Dabei gehört es auch zu den Zielen der RLS, die vorhandenen und zum Teil auch immer neu geschürten Vorurteile in der Gesellschaft abzubauen und Organisationen, Gruppen, Aktivistinnen und Aktivisten sowie das interessierte Publikum bei deren Aktivitäten zu unterstützen. So sollen Bildungsveranstaltungen, zum Beispiel mit und über Gewerkschaften, mit Lehrern, Erziehern, Kommunalpolitikern, Künstlerinnen und Künstlern, gegenseitiges Verständnis fördern und Vorurteile und falsche Informationen revidiert werden. Hierbei steht der Erfahrungsaustausch zwischen Deutschland und Griechenland im Mittelpunkt.

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Verbindungsbüro Griechenland
Kallidromiou 17
GR - 106 80 Athen

T +30 210 361 3769
F +30 210 361 7769
E meitani@rosalux.de

www.rosalux.gr



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Regionalpolitik in Europa – Die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung

Subsidiarität und Partnerschaft sind elementare Grundsätze der Europäischen Union. Michel-Eric Dufeil, EU-Kommissar für Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Eleni Gioti von der Koordinierungseinheit für die EU-Strukturfonds im griechischen Entwicklungsministerium, Petros Tatoulis, Gouverneur der Peloponnes und in Vertretung des Vorsitzenden des Verbands griechischer Regionen, Giannis Sgouros sowie Professor Wolfgang Schuster, Präsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, diskutierten über die Regionalpolitik in Europa und die Rolle der kommunalen Selbstverwaltung mit Blick auf die EU-Förderperiode 2014 – 2020.

Europa ist mehr als der Euro. Zahlen bilden jedoch nur Anhaltspunkte. Allein reichen sie nicht aus, um beispielsweise die Situation in Griechenland richtig zu interpretieren, die sich von 2008 bis heute einschneidend verändert hat. Rund 350 Milliarden Euro EU-Strukturfondsmittel, in etwa ein Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts der EU, stehen für die siebenjährige Förderperiode EU-weit zur Verfügung. Die Kommission und die europäischen Regionen setzen sie partnerschaftlich und in geteilter Verantwortung ein. Zentrale und dezentrale Institutionen der Mitgliedsstaaten wirken zusammen. Diese Zusammenarbeit

von der EU- bis zur Kommunalebene folgt dem Prinzip der »Multi-level Governance«. Der aktuellen Lage wegen wird Griechenland ein Finanzierungsverhältnis von 95 zu 5 gewährt. Die siebenjährige Förderperiode ermöglicht Planungssicherheit. Systematische Kontrolle und Bewertung sichern Rechtskonformität und Ergebnisorientierung der Förderprojekte.

Die strategischen Ziele der künftigen Programme sind entsprechend der EU 2020-Strategie Innovation (»smartes Wachstum« insbesondere durch kleine und mittlere Unternehmen – KMU), nachhaltige Entwicklung und die Integration benachteiligter Gruppen. Besondere Beachtung findet die städtische Entwicklung. Mindestens fünf Prozent des Mittelvolumens sind je Mitgliedsstaat dafür einzusetzen.



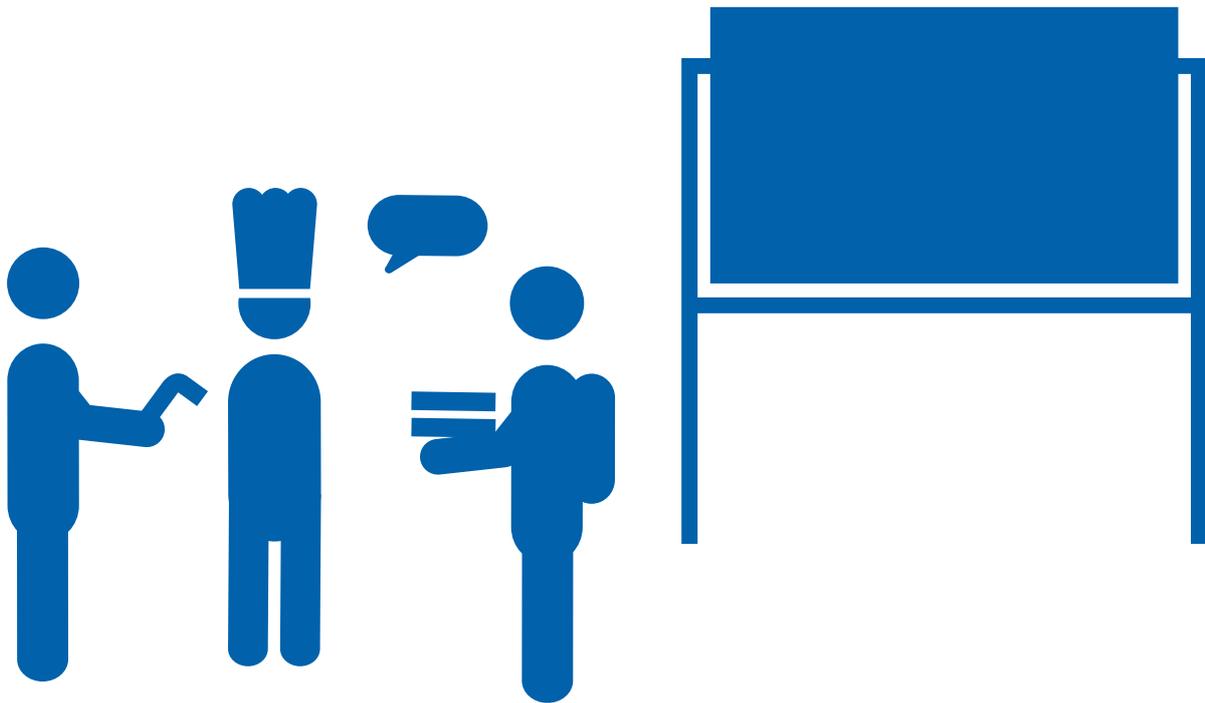
Hans-Joachim Fuchtel im Gespräch mit der griechischen EU-Kommissarin für Maritime Angelegenheiten und Fischerei, Maria Damanaki, in Brüssel. Ein aktuelles Thema in diesem Bereich ist die CO₂-Reduktion durch Umstellung des Schiffsantriebs von Schiffsdiesel auf LNG (Liquid Natural Gas). Im Gespräch wurde auch die Möglichkeit besprochen, wie die DGV hier unterstützen kann.

Seit 30 Jahren leisten die EU-Fonds einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung Griechenlands. Das Gesamtvolumen aller griechischen Programme (EU- und nationale Mittel) wird 2014 – 2020 etwa 22 Milliarden Euro betragen. Wichtigste Ziele sind die Verringerung der sehr hohen Arbeitslosigkeit, die Ankurbelung des Exports und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Besonders brisant ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Die EU stellt unter dem Stichwort »Jugendgarantie« hier zusätzliche Programme zur Verfügung. Der Bildung und insbesondere der beruflichen Bildung sind angesichts der Folgen der demografischen Entwicklung von besonderer Bedeutung für eine gemeinsame europäische Zukunft.

Es wird ab 2014 in Griechenland 13 Programme unter regionaler Verwaltung mit territorialem Ansatz geben und eine noch nicht endgültig feststehende Zahl sektorenspezifischer Programme der Fachministerien. Die Begünstigten, zum Beispiel Kommunen, sollten die Zeit bis zur Verabschiedung der neuen Programme nutzen. Sie sollten die Projekte, die sie bis 2020 umsetzen wollen, für einen schnellen Programmstart gut vorbereiten.

BEST PRACTICE

Deutsch-griechische Zusammenarbeit: Best-Practice-Beispiele der DGV



Duale Ausbildung

Die Deutsch-Griechische Versammlung hat sich für den Aufbau von Berufsschulen im Tourismussektor eingesetzt. In Griechenland ist die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen unter 25 Jahren besorgniserregend hoch. Die aufeinander abgestimmte Kombination betrieblicher Praxis und schulischer Qualifizierung in der dualen Ausbildung kann helfen, die schwierige Lage der Jugendlichen zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft zu erhöhen.

Aufbau einer Berufsschule für Tourismus in Griechenland

Professor Dr. Athanasios Kelemis von der Deutsch-Griechischen Industrie- und Handelskammer in Athen und Athanasia Theoridou von der nationalen Arbeitsagentur OAED stellten im Rahmen eines Workshops das Pilotprojekt zur dualen Ausbildung im Tourismussektor vor.

Innerhalb von zwei Jahren setzten die Deutsch-Griechische Handelskammer, die DEKRA-Akademie sowie führende deutsche Reiseunternehmen in Zusammenarbeit mit den zuständigen griechischen Ministerien und der griechischen Arbeitsverwaltung (OAED) die Idee in die Praxis um und konnten Berufsschulen in Attika und in Heraklion aufbauen. Unter dem Namen »Mentoring Dual International« – kurz MENDI – erfolgte am 1. September 2013 der Startschuss für das vom BMBF finanzierte Pilotprojekt dieser deutsch-griechischen Berufsbildungskooperation. Diese Initiative wurde von der Frankfurter Unternehmerin Kalliopi Charitonidou zusammen mit der DGV durch das Zusammenbringen wichtiger Partner gestartet und wird auch weiterhin begleitet.

In der Berufsschule für Tourismus werden nun fast 100 griechische Schülerinnen und Schüler im Alter von 18 und 20 Jahren über drei Jahre zu Köchen, Hotel- und Restaurantfachleuten ausgebildet. Hierbei wird auf der zweijährigen Ausbildung der OAED aufgebaut, wobei der praktische Teil der Ausbildung verstärkt wird. Mit dem in Europa anerkannten Abschluss (IHK) verbessern sich die Vermittlungschancen für die Jugendlichen. Die duale Ausbildung bietet den Absolventen eine Alternative gegenüber bestehenden Ausbildungsgängen in Griechenland.

Bereits im Vorfeld haben die Hotelvereinigungen beider Länder großes Interesse an den zukünftigen Absolventen angemeldet. Auf Grundlage dieser Initiative beabsichtigt die OAED, unterstützt durch die Deutsch-Griechische Außenhandelskammer, die duale Ausbildung auch in anderen Berufszweigen stärker als bisher zu profilieren. Angedacht sind unter anderem Ausbildungsberufe in den Bereichen Landwirtschaft sowie Transport und Logistik.

Das rechtliche Fundament zur Gründung und Betriebsaufnahme der zwei Pilot-Berufsschulen wurde vom griechischen Finanz-, Bildungs- und Arbeitsministerium am 15. Januar 2014 geschaffen (Amtsblatt der Hellenischen Republik - Nr. 134 - 27. Januar 2014).



BEST PRACTICE

Abfallwirtschaft

Abfallwirtschaft ist unter Umwelt- und Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten ein Hauptproblem für die griechischen Kommunen. Die Mülltrennung ist unzureichend organisiert, Gebühren werden einzig nach Wohnfläche bestimmt und nach wie vor gibt es zahlreiche Deponien und Müllkippen, die dringend neu geordnet oder stillgelegt werden müssen. Deshalb stehen Fragen nach integrierten Abfallwirtschaftskonzepten und der Müllverwertung an oberster Stelle der griechischen Kommunalpolitik.

Neue Wege in der Abfallwirtschaft am Beispiel Naxos und Ikar

Landrat Gerhard Bauer aus dem Landkreis Schwäbisch Hall stellte gemeinsam mit Zacharias Kesses, Gemeinde Ikaria, sowie Dimitris Tsoulakeris, Berater des Bürgermeisters von Naxos für Abfallwirtschaft und Umwelt, Konzepte für Abfallwirtschaft und Verbrennungsanlagen am Beispiel der Inseln Naxos und Ikaria vor.

Die Besonderheit in Griechenland ist die große Anzahl der Inseln, die spezifische Lösungsansätze notwendig machen. Die Experten erarbeiteten Konzepte zur Neuordnung des Abfall- und Wertstoffmanagements mit integrierter Energiegewinnung. Energie kann beispielsweise in Form von Strom, Wärme oder der Meerwasserentsalzung gewonnen werden.

Im Rahmen eines Pilotprojekts werden die Themen Müllvermeidung, Wertstofftrennung und Recycling, Kompostierung und energetische Verwertung nach der Phase der Konzeptionierung konkret und praktisch angegangen. Angedacht sind beispielsweise kleinere Müllverbrennungsanlagen auf einer der griechischen Inseln in der Südägäis. Mit Hilfe der EU sollen gemeinsam innovative Lösungswege gefunden und realisiert werden.



Katastrophenschutz

Die jährliche Waldbrandgefahr ist in den südeuropäischen Ländern – so auch in Griechenland – sehr hoch und stellt die Feuerwehren vor große Herausforderungen.

Die Bekämpfung von Waldbränden und Katastrophen in Griechenland obliegt in erster Linie der staatlichen Berufsfeuerwehr. Die Standorte der Berufsfeuerwehren befinden sich jedoch überwiegend in größeren Städten sowie in den Touristenzentren des Landes. Auf dem Land sind die Rettungswege immer noch sehr lang. Es gilt daher, die Unterstützung durch Freiwillige Feuerwehren – die zum Teil bereits kleinere Rettungsnetze aufgebaut haben – für die Berufsfeuerwehren in Griechenland auszubauen. Hierzu bereitet die Regierung einen neuen gesetzlichen Rahmen vor.

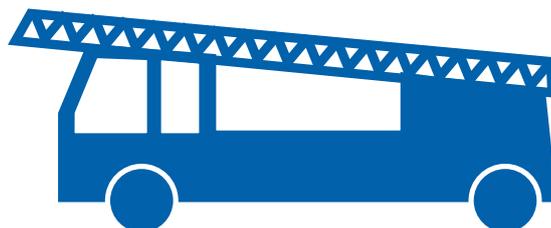
Der Austausch von Erfahrungen, die Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren bei der Beschaffung und Überführung von Löschfahrzeugen und Rettungsgeräten sowie die Durchführung und Förderung von Kooperations- und Ausbildungsprojekten im Katastrophenschutz stehen im Fokus dieses Themenfelds.

Kooperation Freiwilliger Feuerwehren zwischen Deutschland und Griechenland

In Deutschland hat die gute Zusammenarbeit der Freiwilligen Feuerwehr mit der Berufsfeuerwehr eine 150jährige Tradition. Der Erfahrungsaustausch zwischen den ehrenamtlichen Mitgliedern und hauptamtlichen Einsatzkräften ist eingespielt, denn im Bereich des Katastrophenschutzes wird in Deutschland ein ganz wesentlicher Beitrag durch die freiwilligen Helfer sichergestellt. Ein flächendeckender Katastrophenschutz – neben der reinen Brandbekämpfung eine der Kernaufgaben der Feuerwehr – wäre ohne die Freiwillige Feuerwehr sowohl in Deutschland als auch Griechenland undenkbar.

Vor diesem Hintergrund tauschten sich Andreas Meier, Präsident des Fördervereins »Freunde der ESEPA e.V.« und Dr. Ralf Ackermann, Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV) mit Antonis Gkoudaras, Bürgermeister von Agia, über die Möglichkeiten der Unterstützung der Freiwilligendienste im griechischen Katastrophenschutz aus.

Ferner wurde über weitere Hilfen für Freiwillige Feuerwehren durch Fahrzeug- und Materialspenden sowie über gemeinsame Ausbildungsprojekte der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr gesprochen.



BEST PRACTICE



Wie die Freiwillige Feuerwehr innerhalb des griechischen Zivilschutzes, der Katastrophenbewältigung und des Krisenmanagements eine größere Rolle spielen kann und welche Kooperations- und Ausbildungsprojekte mit den Freiwilligendiensten und Berufsfeuerwehren in Griechenland möglich sind, wird in Zukunft noch stärker im Rahmen der DGV-Aktivitäten thematisiert werden.

Kooperationen und Aktivitäten im Agrarbereich, der Gesundheitswirtschaft, des Tourismus und den Bereichen Musikwirtschaft sowie Zivilgesellschaftliches Engagement (Auswahl)

Darüber hinaus unterstützt die DGV gezielt von den Akteuren vor Ort angestoßene Projekte, die Investitionen fördern und wirtschaftliche Entwicklung vor Ort begleiten sollen. Basis dieser vielzähligen Aktivitäten sind auch hier viel ehrenamtliches Engagement sowie die unbürokratische Zusammenarbeit mit zahlreichen Akteuren und Institutionen.

Agrarbereich

Die DGV setzt sich für eine bessere Vermarktung und Wertschöpfung von griechischen Agrarprodukten, insbesondere Olivenöl, ein. Auf der Internationalen Grünen Woche 2014 – auf der Griechenland nach jahrelanger Abwesenheit wieder mit über 30 Ausstellern anreiste, hob der damalige griechische Landwirtschaftsminister Athanassios Tsaftaris die Bedeutung qualitativ hochwertiger Agrarprodukte aus Griechenland hervor und betonte in diesem Zusammenhang die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Griechenland.

Ein Erfolg dieser Kooperation ist beispielsweise die Gründung eines Zertifizierungsinstituts für landwirtschaftliche Produkte, welches die Qualität von Olivenöl bescheinigen wird. Ein weiteres Ziel dieser Zusammenarbeit ist, die Verbindung der Bereiche Landwirtschaft und Tourismus noch stärker zu nutzen. Künftig soll beispielsweise die touristische Vermarktung von griechischen Bauernhöfen ermöglicht werden.



Die Bundeskanzlerin Angela Merkel im Gespräch mit Apostolos Tzitzikostas, Gouverneur von Zentralmakedonien, mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel sowie führenden Tourismusvertretern aus Deutschland und Griechenland auf der ITB 2013 in Berlin.

Gesundheit und Tourismus

Im Bereich Gesundheit konnte unter anderem ein Austausch von griechischen Ärzten organisiert werden, der von der griechischen Ärztekammer koordiniert wird. Zusätzlich wird der Aufbau eines Wissenstransfers zwischen der Ärztekammer Athen und dem Deutschen Apothekerverband unterstützt.

In Griechenland gibt es gut ausgebildetes und trotzdem – vor allem im Winterhalbjahr – arbeitsloses Pflegepersonal. Bereits auf der ITB 2014 wurde das Pilotprojekt »Pflege-Urlaub Rhodos« als ein völlig neues Tourismuskonzept für Griechenland vorgestellt. Pflegebedürftige und ihre pflegenden Angehörigen können die wohltuenden klimatischen Bedingungen der Südägäis nutzen, um unter optimalen pflegerischen und medizinischen Voraussetzungen gemeinsam mehr Lebensqualität zu erleben.

Diese neue Zielgruppe – Pflegebedürftige und pflegende Angehörige – soll für den griechischen Tourismus gewonnen werden und dabei gleichzeitig die Verlängerung der Tourismussaison unterstützen, indem der bisher weitgehend ungenutzte Zeitraum von November bis April anvisiert wird. Ferner zielt dieses Projekt auf die berufliche Qualifizierung im Bereich der Altenpflege und Geriatrie ab, für die es bislang keine Lehrpläne in Griechenland gibt. Mit der Unterstützung der deutschen Seite wurden ergänzende Ausbildungsmodulare für örtliche Krankenpflegeschulen konzipiert. Das Projekt wird im Herbst 2014 erweitert und soll im Jahr 2015 durchstarten.

BEST PRACTICE

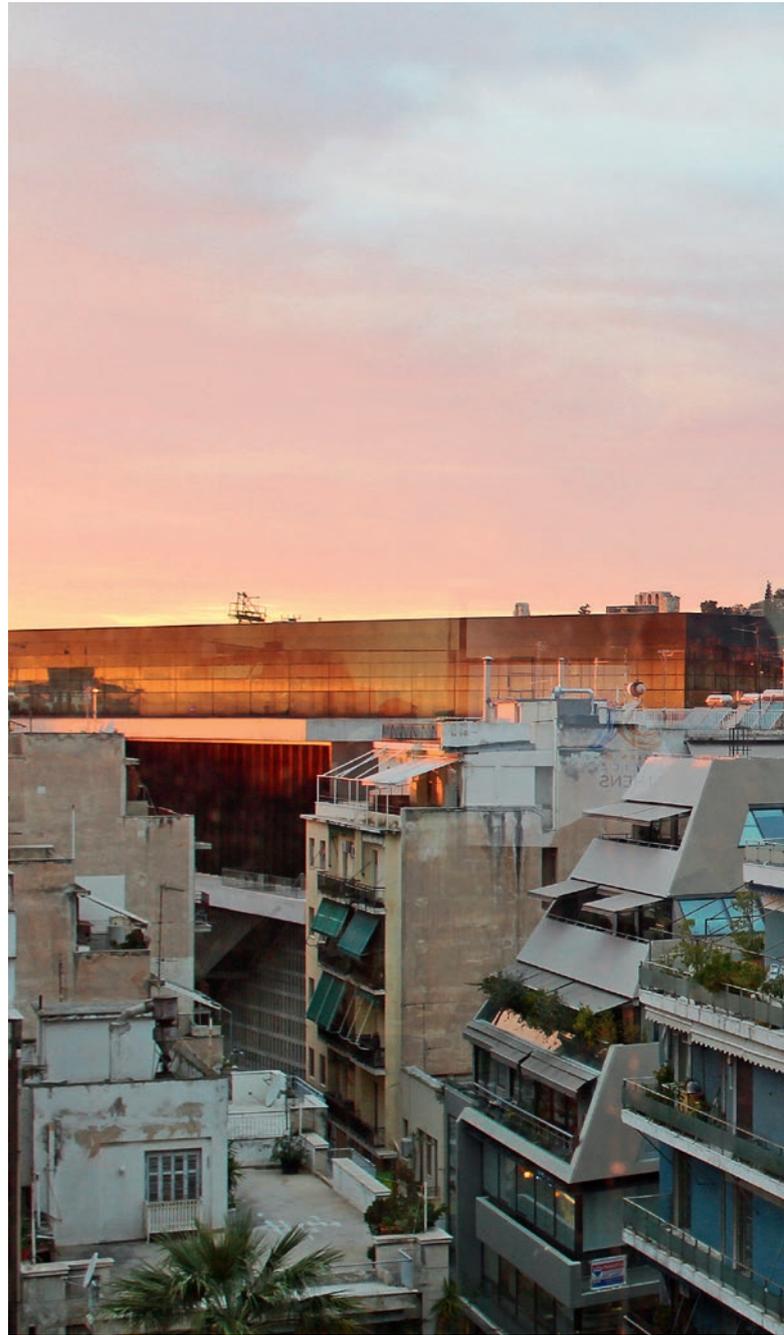
Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaftliches Engagement

Das Themenfeld Zivilgesellschaftliches Engagement in Deutschland und Griechenland wurde bereits im Rahmen der DGV III 2012 aufgenommen. Initiator ist die Deutsch-Griechische Initiative der Zivilgesellschaft (www.ggsc.eu), die die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure aus der Zivilgesellschaft beider Ländern unterstützt sowie die Zusammenarbeit dieser Akteure mit den Regionen und Kommunen fördert.

Ziel der GGCS-Aktivitäten ist es, die Interessen und Anliegen der Zivilgesellschaft in den Verhandlungen und Gesprächen zu diversen Themenfeldern zu unterstützen und eine Kooperationskultur mit den Vertretern der Kommunen zu etablieren.

Geplant ist die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für die Zivilgesellschaft, die aus einer Initiative eines Know-how-Transfers zwischen der Gemeinde Thessaloniki und der Kleinstadt Steinach entstanden ist.

Yannis Boutaris, Vizepräsident des griechischen Zentralverbands der Städte und Gemeinden und Bürgermeister der Stadt Thessaloniki, hob auf der DGV IV in Nürnberg die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Erholung der griechischen Wirtschaft sowie für die soziale Entwicklung hervor. Er erwarte, dass der Austausch von Wissen und Erfahrung auch das Selbstvertrauen der Bürgerinnen und Bürger stärkt. »Es gibt keine Wunder. Man muss hart arbeiten, um die Ziele zu erreichen.«



Die Stadt Athen mit Blick auf die Akropolis.

Im März 2014 unterzeichneten die griechische Tourismusministerin Olga Kefalogianni und Hans-Joachim Fuchtel ein Memorandum of Understanding (MoU) und ebneten damit einen wichtigen Schritt der Zusammenarbeit im Rahmen der DGV.

Das durch die DGV gegründete Netzwerk »Hellenic Silverstars« wird das zivilgesellschaftliche Engagement auf lokaler Ebene tatkräftig unterstützen.



Gemeinsame Abschlusserklärung der Vierten Deutsch-Griechischen Versammlung

Nürnberg, 23. Oktober 2013

1. Die Vierte Deutsch-Griechische Versammlung (DGV IV) fand vom 22. bis 23. Oktober 2013 in Nürnberg unter dem Motto »Die Stadt der Zukunft« statt.
2. Die DGV IV stellt einen wichtigen Meilenstein der Entwicklung und Vertiefung der Beziehungen zwischen den deutschen und griechischen Kommunen und Regionen dar. Die Diskussionen zu aktuellen Themen zeigten die enge Verbundenheit deutscher und griechischer Kommunen und Regionen bei der Bewältigung der großen Herausforderungen. Die im Rahmen der DGV in Gang gesetzten Know-how-Partnerschaften werden als sehr fruchtbar bewertet und auf allen Ebenen fortgesetzt. Der deutsch-griechische Dialog ist Ausdruck der historischen Freundschaft beider Länder. Er ist in seinem Ansatz in Europa einzigartig.
3. Die kommunalpolitischen Spitzenverbände beider Länder sehen in dem Ansatz der DGV ein Stück gelebter Subsidiarität und Solidarität, die als europäische Prinzipien Grundlage für die Akzeptanz der Kooperation auf kommunaler Ebene sind. Dies ist ein neuer Weg in Europa, der die Menschen zusammenführt und an den Wurzeln zusammenbindet – unser Weg für die Zukunft.
4. Die DGV bringt alle kommunalen Ebenen zusammen und zwar über geografische und politische Grenzen hinweg. Sie ist das Schaufenster einer dynamischen deutsch-griechischen Zusammenarbeit, der Initiative und des Engagements der Vertreter der Kommunen und Regionen beider Länder. In der zweiten Phase der Bürgermeistergespräche wird durch Kontinuität das Vertrauen gefestigt. Dies trägt dazu bei, bestehende Vorurteile abzubauen und die europäische Idee auf breiter Ebene nachhaltig zu verankern. Deshalb ist es das Ziel, diesen Austausch konsequent bis zur DGV V weiter zu forcieren.
5. Das Ergreifen der Chancen, die die Deutsch-Griechische-Versammlung bietet, ist für beide Seiten unverzichtbar. In dem Austausch zwischen deutschen und griechischen Bürgermeistern sehen beide Seiten das Herzstück der DGV. Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Griechenland hat dadurch Fahrt aufgenommen. Die beiden Bürgermeisterbüros in Athen und Thessaloniki entwickeln sich zu zentralen Orten für Kommunalpolitiker beider Seiten. In den Büros sollten demnächst beide Seiten vertreten sein und einem gewählten, politisch Verantwortlichen unterstehen. Auch sollten entsprechende Bürgermeisterbüros in Deutschland unter der Aufsicht der entsprechenden deutschen kommunalen Spitzenverbände entstehen.

6. Die bisher eingegangenen Know-how-Partnerschaften auf lokaler und regionaler Ebene bewähren sich und werden zunehmend akzeptiert. In den letzten Monaten hat dieser Austausch an Dynamik gewonnen. Inzwischen fanden über 100 Einsätze in 26 Städten und Regionen statt. Neue Partnerschaften konnten in Nürnberg eingegangen werden und weitere werden bis zur DGV V im nächsten Jahr entstehen. Es ist unser gemeinsames Ziel, die Zahl der Partnerschaften im Jahr 2014 zu verdoppeln. Dies trägt wesentlich zu einem besseren Verständnis der beiden Länder bei.
7. Die griechischen und deutschen Bürgermeister haben sich auf Grundsätze und Leitlinien verständigt, wie sie ihre Zusammenarbeit in Zukunft organisieren. Damit ist die Pilotphase abgeschlossen und die 2. Phase begonnen mit der Zielrichtung, Leuchtturmprojekte im ganzen Land zu schaffen und zwar mit noch konkreterer, substanziellerer und ergebnisorientierterer Zusammenarbeit.
8. Beide Seiten begrüßen den eingeschlagenen Weg der Dezentralisierung, welche die Voraussetzung für eine starke kommunale Selbstverwaltung ist. Die Erfahrungen machen deutlich, dass Aufgaben dort am besten erfüllt werden können, wo größte Sachnähe und Kompetenz besteht. So werden die Kommunen zum Motor für die »Stadt der Zukunft«.
9. Aus den bisherigen Begegnungen haben sich konkrete Projekte entwickelt. Im kommenden Jahr gilt es, diese Projekte konsequent umzusetzen. Sie berühren den gesamten Bereich kommunaler Aufgaben: Abfallwirtschaft, das Wasser als öffentliches Gut, Energie, Vorschulerziehung, Jugend- und Seniorenarbeit, Inklusion, Tourismus, Katastrophenschutz, zivilgesellschaftliches Engagement, aber auch die Organisation der Kommunen selbst sowie die Optimierung der Verwaltungsarbeit.
10. Angesichts der alarmierend hohen Jugendarbeitslosigkeit sind gemeinsam alle Anstrengungen zu unternehmen, den Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen. Die Stärkung der beruflichen Ausbildung im dualen System in Griechenland, aber auch Ausbildungsmöglichkeiten in Deutschland können hier eine Perspektive aufzeigen, die weiter genutzt werden sollte. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass Ausbildungsplätze für junge Menschen geschaffen werden, sodass neue Arbeitsplätze entstehen. Durch die bereits umfangreich umgesetzten Reformen, werden die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen gestärkt und Anreize für Investitionen erhöht. Es ist offensichtlich, dass eine Wirtschaftswachstumspolitik eng verbunden ist mit der Erhöhung der Investitionsbereitschaft, die ein sicheres wirtschaftliches Investitionsumfeld in Griechenland voraussetzt. Das Problem der griechischen Wirtschaft ist die Frage der Schuldennachhaltigkeit. Die Lösung dieses Problems ist eine Voraussetzung für ein eintretendes Wirtschaftswachstum. Die zuständigen Gremien werden aufgefordert, geeignete Initiativen hierzu zu ergreifen.
11. Beide Seiten sind sich einig, dass Vertrauen und Partnerschaft die wirtschaftliche Zusammenarbeit stärken. Besonders kleine und mittlere Unternehmen aus beiden Ländern werden ermuntert, Kooperationen einzugehen. Die DGV möchte die wirtschaftlichen Möglichkeiten nutzen, die aus der Kraft der Kommunen und Regionen erwächst. Hierzu zählt auch, die bessere Vermarktung der hochwertigen Produkte Griechenlands.
12. Die DGV begrüßt die positive Entwicklung des Tourismus im Jahr 2013. Sie wird weiterhin das touristische Potenzial von Deutschland nach Griechenland fördern, die Saisonzeit dieses attraktiven Reiselands verlängern und neue Zielgruppen erschließen, zum Beispiel Senioren.
13. Die neue EU-Förderperiode 2014 – 2020 wird die Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in den Kommunen und Regionen fördern. Deshalb sollen griechische und deutsche Kommunen und Regionen sich auch mit Blick darauf gegenseitig unterstützen und austauschen, um mit diesem Instrument nachhaltiges Wachstum zu erreichen.

ABSCHLUSSERKÄRUNG

14. Der von den politischen Stiftungen in Gang gesetzte Dialog wird begrüßt. Im Rahmen der DGV tragen sie dazu bei, den Kommunen und Regionen wertvolle Impulse für die Bewältigung ihrer Aufgaben zu geben. Sie sind eingeladen, auch künftig am Erfolg der bilateralen Kooperation auf kommunaler und regionaler Ebene mitzuwirken.
15. Die Teilnehmer begrüßen das zivilgesellschaftliche Engagement der griechischen und deutschen Nichtregierungsorganisationen auf kommunaler Ebene sowie ihre Beteiligung im Rahmen der DGV IV. Die »Griechisch-Deutsche Zivilgesellschaftsinitiative« (GGCS) ist ein unverzichtbarer Schritt, um den Dialog auf einer breiteren gesellschaftlichen Basis zu führen und ein Miteinander der Bürgerinnen und Bürger beider Länder zu schaffen.
16. Alle Teilnehmer danken dem Bürgermeister der Stadt Nürnberg und Präsidenten des Deutschen Städtetags, Dr. Ulrich Maly, für die Ausrichtung der DGV IV. Die Möglichkeit, vor Ort die Einrichtungen der Stadt Nürnberg zu besuchen und über die praktischen Erfahrungen zu diskutieren, spiegelt den Ansatz der DGV wieder, sich themenorientiert und praxisnah auszutauschen. Dies ist Voraussetzung, um die Stadt der Zukunft zu gestalten.
17. Die Teilnehmer begrüßen den Beschluss der DGV IV, wonach die DGV V im Oktober/November 2014 in Heraklion/Kreta stattfinden soll. Die gastgebende griechische Kommune wird gemeinsam mit der deutschen Stadt den Vorsitz der DGV V im Jahre 2014 bilden. Diese wird dann Gastgeber für die DGV VI werden. Die Vorsitzenden werden gleichzeitig als Bindeglieder zwischen dem griechischen Zentralverband der Städte und Gemeinden KEDE sowie den entsprechenden deutschen kommunalen Spitzenverbänden unter dem Schirm der DGV dienen.
18. Alle Teilnehmer streben die erfolgreiche Realisierung der aus den Know-how-Partnerschaften erwachsenen Projekte und die Präsentation der Fortschritte bei der nächsten DGV V im Oktober/November 2014 an.
19. Durch die deutsch-griechische Freundschaft und den Austausch werden sich Synergieeffekte in allen Bereichen auf lokaler und regionaler Ebene entfalten und damit ein Beispiel geben, was in der Zusammenarbeit innerhalb der DGV zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger erreicht werden kann.

Die gemeinsame Erklärung wird unterzeichnet von:
Nürnberg, 23. Oktober 2013



Kostas Askounis
Präsident des Griechischen Zentralverbandes der Städte und Gemeinden (KEDE),
Bürgermeister der Stadt Kallithea



Yiannis Boutaris
Bürgermeister von Thessaloniki, Vizepräsident des Griechischen Zentralverbandes der Städte und Gemeinden (KEDE)



Roger Kehle
Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds



Dr. Ulrich Maly
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg,
Präsident des Deutschen Städtetages

ANHANG: ZWEITE PHASE DER GESPRÄCHE

Deutsch-Griechische Versammlung:

***Zweite Phase der Gespräche zwischen deutschen
und griechischen Bürgermeistern***



Ziel der DGV

Ziel der Deutsch-Griechischen Versammlung (DGV) ist die Zusammenarbeit zwischen Griechenland und Deutschland auf kommunaler und regionaler Ebene. Schwerpunkte der DGV bilden der Erfahrungsaustausch und der Know-how-Transfer zugunsten der kommunalen Selbstverwaltung beider Länder. Der Ansatz der DGV stützt sich auf das Prinzip der Subsidiarität, das zu den grundlegenden Prinzipien der Europäischen Union gehört. Aufgrund dieses Prinzips sollten die Entscheidungen auf der Verwaltungsebene getroffen werden, die besonders bürgernah ist.

Arbeitsschwerpunkte der DGV bilden die Hauptaufgabengebiete der kommunalen Selbstverwaltung, zum Beispiel Themen der öffentlichen Verwaltung, der Abfallwirtschaft, der Stadtplanung, der Energiegewinnung, des Tourismus. Erforderliche Voraussetzung für eine fruchtbare Zusammenarbeit beider Partner ist die Formulierung der Themen durch die griechische Seite auf der Grundlage ihrer lokalen Bedürfnisse, die dann im Austausch und in Gesprächen weiter bearbeitet werden sollen. Es ist besonders wichtig, dass der Know-how-Austausch von deutscher Seite sich an Themenfeldern orientiert, bei denen die griechischen Kommunen eine Unterstützung brauchen. Die entscheidende Rolle der Trägerschaft sollen die kommunalen Spitzenverbände übernehmen.

Einstiegsphase

Mittlerweile haben über 80 Begegnungen auf kommunaler Ebene stattgefunden. Meist handelte es sich um Erstkontakte. Erste Auswertungen belegen deutlich das Potenzial dieses Erfahrungsaustauschs. In der zweiten Phase müssen die als Defizite erkannten Punkte vermieden werden. Im Kern sind sich die Beteiligten über die Chancen des neugefundenen Ansatzes einig. Jetzt geht es um Vertiefung und Konkretisierung der aus dem Dialog erwachsenen kommunalpolitischen Themen. Dazu wollen die Teilnehmer überlegen, wie sie die Gespräche effektiver gestalten können.

Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit deutscher und griechischer Bürgermeister

Vorbereitung und Organisation der BGM-Gespräche

1. Zunächst ist es erforderlich, die Bedürfnisse der griechischen Kommunen unter Berücksichtigung ihrer territorialen, geografischen und demografischen Merkmale aufzuzeichnen, ebenso wie das sozial-wirtschaftliche Profil jeder Kommune im Einzelnen. An dieser Stelle sollten auch Informationen über das Profil der deutschen Bürgermeister mit einbezogen werden, die das Engagement der DGV konstruktiv mitgestalten könnten. Der Zugriff auf diese Datenbank und die Profile der Kommunen muss ausdrücklich beiden Partnerseiten gewährleistet werden. Sowohl die griechische als auch die deutsche Seite müssen die zum Gespräch anstehenden Themen und Ziele des Austauschs konkret benennen. Die Ziele müssen realistisch, messbar und im Rahmen der DGV umsetzbar sein.
2. Die Gesprächsthemen und Schwerpunkte müssen im Einzelnen detailliert festgehalten werden. Erforderlich ist eine konkrete und vorab beschlossene Tagesordnung über die einzelnen Tagungspunkte, die die zuständigen lokalen Einrichtungen mit einbeziehen wird – ebenso die Einplanung von ausführlichen Gesprächen mit Kommunalpolitikern und administrativen Mitarbeitern der Kommunen.

Eine allgemeine Formulierung eines Diskussionsthemas wie beispielsweise Abfallwirtschaft ist unzureichend. Benötigt wird eine eingehendere und ausführlichere Bezeichnung der Gesprächsthemen mit Formulierung konkreter Fragen und Heranziehung von Daten, die die

griechische Seite zur Verfügung stellt. Die klare Abgrenzung der Gesprächsthemen erlaubt eine entsprechende Vorbereitung und Beschäftigung mit den einzelnen Schwerpunkten, was die Gestaltung eines gemeinsamen Konzepts erleichtert. Die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit kann nicht im Voraus bestimmt sein, sondern muss die im Rahmen eines dynamischen und dialektischen Prozesses auftretenden Überlegungen mit berücksichtigen. Aus diesem Grund müssen die Gespräche klar durch die griechischen BGM-Büros koordiniert werden.

3. Zudem wird die konkrete Formulierung der Gesprächsthemen auch die Auswahl des deutschen Bürgermeisters ermöglichen, der über die entsprechende Erfahrung und Kompetenz verfügt. Die richtige Auswahl der deutschen Bürgermeister ist ein entscheidender Aspekt für erfolgreiche Gespräche.

Die BGM-Büros in Griechenland und Deutschland sowie die Koordinatoren beider Seiten verständigen sich über die Auswahl der Bürgermeister und Experten, die die Kompetenz für die einzelnen Gesprächsthemen besitzen. Der deutsche Koordinator unterbreitet hierzu Vorschläge. Dabei liefert er ein Profil der vorgeschlagenen Personen und der entsprechenden Kommunen.

4. Besonders wichtig ist der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses im Rahmen der BGM-Gespräche. Dies kann nur durch eine regelmäßige Zusammenarbeit der gleichen griechischen und deutschen Bürgermeister und Experten erreicht werden.

5. Die BGM-Gespräche werden schriftlich dokumentiert und es wird eine kurze Ergebnisbeschreibung verfasst, in einem standardisierten gemeinsamen Formular/Protokollschreiben. Dies wird von beiden Seiten am Ende der Gespräche unterzeichnet und es werden die weiteren Schritte des Vorgehens mit konkreten Zeitplänen aufgeführt. Dieses Protokoll wird zusätzlich die Aufgabenverteilung und Zuständigkeiten der Beteiligten bestimmen.
6. Die griechischen und deutschen BGM-Büros, in Zusammenarbeit mit den beteiligten griechischen und deutschen Bürgermeistern und Experten, untersuchen, analysieren und fördern die Fortsetzung der interkommunalen Kooperationen durch neue Impulse und Ansätze. Es wird vereinbart, dass die BGM-Büros personell verstärkt werden.
7. Die gemeinsam verabschiedeten Berichte und Protokolle hinsichtlich der Ergebnisse der BGM-Gespräche werden in einer Datenbank hinterlegt, auf die die Beteiligten, zum Beispiel die BGM-Büros, die Koordinatoren und Bürgermeister beider Seiten Zugriff haben.
8. Hinsichtlich der Kosten muss geklärt werden, welche Kosten durch wen übernommen werden. Es wird angestrebt, dass jede Aufenthaltsgemeinde die Kosten der Unterkunft und Verpflegung ihrer »Besucher«, der beteiligten Bürgermeister, übernimmt. Ziel ist es, ein faires Kostensharing entsprechend der Möglichkeiten und der Wirtschaftslage der beteiligten Parteien zu erreichen. Falls eine Gemeinde die Kosten nicht übernehmen kann, wird im Einzelnen geprüft, inwiefern diese angesichts der finanziellen Situation der griechischen Kommunen durch zentrale Mittel getragen werden können.
9. In jedem Halbjahr wird auf der Homepage der DGV ein Newsletter mit dem aktuellen Stand der Projekte veröffentlicht.
10. Um eine effiziente Koordination der beteiligten Partner der DGV zu gewährleisten, müssen diese aufgrund eines im Voraus vereinbarten Organigramms zusammenarbeiten. Das Organigramm soll bis zur fünften DGV im Herbst 2014 erarbeitet und dann verabschiedet werden. Bis dahin wird die vereinbarte Kooperationsstruktur für die Gespräche, die auf deutscher und griechischer Seite die gleiche ist, weiter aufrechterhalten.
11. Die Personalbesetzung und Weiterentwicklung der BGM-Büros in Griechenland und Deutschland sowie die unmittelbare Weiterentwicklung der DGV in den Jahren 2014 und 2015 erfolgen gemäß Abs. 5 und 17 der gemeinsamen Abschlusserklärung bei der DGV IV. In der am 23. Oktober 2013 in Nürnberg verabschiedeten Abschlusserklärung betonen beide Seiten ihre Entscheidung, sich in den vereinbarten Punkten weiterhin zu engagieren.

Besondere Faktoren, die im Rahmen der Zusammenarbeit berücksichtigt werden müssen

1. Die griechischen Gemeinden sind in der Regel größer als die deutschen Gemeinden. Dies wirkt sich nicht unbedingt negativ auf die Zusammenarbeit aus. Die deutschen Bürgermeister verfügen über eine große Erfahrung und einen fortschrittlichen Kenntnisstand hinsichtlich der Aufgabenfelder der kommunalen Selbstverwaltung aufgrund ihrer Beteiligung und Zusammenarbeit in den deutschen kommunalen Verbänden und Gremien. Somit können sie ihre griechischen Kollegen unterstützen, selbst wenn sie Bürgermeister kleinerer Kommunen sind. Zudem wird, je nach Arbeitsthema, eine verstärkte Einbeziehung der Landräte angestrebt.
2. Griechenland bemüht sich zurzeit um Aufhebung der bürokratischen Verfahren und um eine aktuelle Reform der öffentlichen Verwaltung. Es wird erwartet, dass diese Reform die kommunale Selbstverwaltung stärken wird. Die Ergebnisse der BGM-Gespräche werden in Zusammenarbeit mit dem Zentralverband der Städte und Gemeinden Griechenlands (KEDE), thematisch kategorisiert und den griechischen Institutionen zur Verfügung gestellt, um für die Reformbemühungen der öffentlichen Verwaltung in Griechenland genutzt werden zu können.
3. Die deutschen kommunalen Spitzenverbände sollten sich auf die BGM-Gespräche mit Griechenland verständigen. Dabei sollten alle Länder, Städte und Gemeinden mit einbezogen werden.
4. Die deutschen Landräte entsprechen den griechischen Gouverneuren und bilden ein wichtiges Verbindungsglied zwischen den Verwaltungsstrukturen in beiden Ländern.
5. Stärkere Nutzung der Kompetenzen der deutschen Ministerien auf Bundes- und Landesebene: Die Bürgermeister sollten auf diesen Sachverstand zurückgreifen können. Hierbei kann der Beauftragte für die DGV hilfreich sein.

Kommunikation, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit sollte angestrebt werden, diese auf weitere Ebenen der Gesellschaft auszudehnen: Zivilgesellschaft, Wirtschaftsunternehmen, Bildungseinrichtungen, lokale Verbände und Vereine. Die Projektarbeit und die Ergebnisse der DGV sollten systematisch und effizient in den griechischen und deutschen Medien dargestellt werden. Eine adäquate Darstellung und Kommunikation sind zur erfolgreichen Arbeit und zur Festigung der Beziehungen der beiden Länder erforderlich. Zu diesem Zweck wird vereinbart, eine fortwährende und zielgerichtete Zusammenarbeit mit einem Journalisten aufzubauen, dessen Pressearbeit ein Teil der DGV-Struktur in Griechenland darstellen wird. Informationen über die DGV und ihre Arbeit können durch deren Kontaktstellen bezogen werden.

Aufbau neuer Kooperationen und Partnerschaften

Im Rahmen der BGM-Gespräche sollten auch Partnerschaften in Bereichen angesprochen werden, die nicht unmittelbar mit dem Kernthema in direktem Zusammenhang stehen – so zum Beispiel Schul- und Universitätspartnerschaften, aber auch wirtschaftliche Verbindungen. Letztere können zu Praktika und Ausbildungsverhältnissen von Jugendlichen führen.

Die gemeinsame Erklärung wird unterzeichnet von:
Nürnberg, 23. Oktober 2013



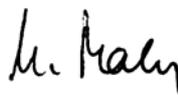
Kostas Askounis
Präsident des Griechischen Zentralverbandes
der Städte und Gemeinden (KEDE),
Bürgermeister der Stadt Kallithea



Yiannis Boutaris
Bürgermeister von Thessaloniki, Vizeprä-
sident des Griechischen Zentralverbandes
der Städte und Gemeinden (KEDE)



Roger Kehle
Präsident des Gemeindetags
Baden-Württemberg, Vizepräsident des
Deutschen Städte- und Gemeindebunds



Dr. Ulrich Maly
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg,
Präsident des Deutschen Städtetages

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kostenlos herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während des Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Publikation dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Außerdem ist diese kostenlose Publikation – gleichgültig wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Publikation dem Empfänger zugegangen ist – nicht zum Weiterverkauf bestimmt.